

Truckers & Turtles united?

Torsten Bewernitz fasst die Annäherung von Gewerkschaften und ökosozialer Bewegung zusammen



Man könnte meinen, die Revolution stehe vor der Tür – jedenfalls, wenn man der Auffassung ist, dass Generalstreik und Revolution einander bedingen. Hatten am 8. März feministische Bewegungen auf der ganzen Welt zu einem globalen sozialen Streik aufgerufen, so ist es nun die Klimabewegung, die für den 20. September 2019 den nächsten Generalstreik ausruft. Zwei globale Generalstreiks in einem Jahr – das ist vermutlich historisch einmalig.

Lassen wir für heute mal alle Streiktheorie – Fragen nach den Grundbedingungen von Streikbewegungen, die Debatte um politische vs. ökonomische Streiks und die Frage, ob es überhaupt eine entsprechende Organisation und entsprechende Machtressourcen für solche Streiks gibt – beiseite und beschränken uns auf die Darstellung der aktuellen Ereignisse: In einem Aufruf, der in Deutschland am 23. Mai in der *Süddeutschen Zeitung* erschien, riefen die AktivistInnen von Fridays for Future (FFF) zum gemeinsamen Klimastreik auf: »Am Freitag, 20. September, werden wir mit einem weltweiten Streik eine Aktionswoche für das Klima beginnen. Wir bitten Sie, sich uns anzuschließen. Es gibt in verschiedenen Teilen der Welt viele verschiedene Pläne für Erwachsene, sich zusammenzuschließen, Farbe zu bekennen und sich für unser Klima aus der Komfortzone herauszuwagen.« Hätte FFF nicht vorher bereits eine starke mediale Aufmerksamkeit gehabt, wäre dieser Aufruf wohl im Nichts verpufft, zumal Schülerstreiks – siehe die zahlreichen studentischen »Bildungsstreiks« der letzten 20 Jahre – mangels wirtschaftlicher Macht kaum ein Veränderungspotential haben. Beachtlich ist an dem Aufruf daher zum einen, dass er exakt dies reflektiert: »Wir müssen den Druck erhöhen, um sicherzustellen, dass der Wandel passiert. Und wir müssen ihn gemeinsam beschleunigen.« Und

zum anderen, dass er gehört wird – auch in den Gewerkschaften.

Auf den Klimastreik am 20. September soll eine ganze Aktionswoche folgen. Die AktivistInnen von FFF haben gezielt lokal die Gewerkschaften angeschrieben und um Unterstützung gebeten: »In Gewerkschaften organisieren sich Millionen Beschäftigte in Deutschland, um ihre Interessen durchzusetzen. Gute Löhne, Urlaub, Freizeit und Familienzeit – all das wurde in gewerkschaftlichen Protestbewegungen und Streiks erkämpft. Wenn SchülerInnen, Studierende und GewerkschafterInnen zusammen kämpfen, kann die nötige Kraft entstehen, um eine Wende zu erzielen. Denn auch die Frage, wie eine soziale und konsequente Klimapolitik am Arbeitsplatz in verschiedenen Branchen und unserer Gesellschaft aussehen kann und wer dafür welchen Preis zu zahlen hat, ist eine entscheidende Frage für alle Beschäftigten, SchülerInnen, Studierenden und Menschen unserer Gesellschaft. (...) Wir hoffen, dass wir (...) Wege finden, wie sich die Gewerkschaften unserer Bewegung anschließen können. Lasst uns (...) an einer gemeinsamen Perspektive und Strategie arbeiten, wie wir zusammen für Klimagerechtigkeit kämpfen können«, heißt es in einem Brief von FFF an GewerkschafterInnen.

Gewerkschaftliche Reaktionen

Bahnt sich also eine Erneuerung des Bündnisses von »Truckers and Turtles« an, wie 1999 bei den globalisierungskritischen Protesten gegen die Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle pars pro toto das unerwartete Bündnis von GewerkschafterInnen (Truckers) und UmweltschützerInnen (Turtles) benannt wurde? Die Aufrufe von FFF wurden jedenfalls gehört:

Die Initiative Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz fordert dazu auf, dem in der SZ abgedruckten FFF-Aufruf mit dem sympathischen Titel »Streikt mit uns!« zu folgen: »Dies verstehen wir auch als Aufruf an Gewerkschaften, Betriebsräte, ArbeitnehmerInnen, aktiv zu werden und sich für den Klimaschutz und zukunftsweisende Arbeitsplätze einzusetzen. Auch wir wollen wie die Eltern und WissenschaftlerInnen (*Parents and Scientists for Future*) unseren Beitrag dazu leisten, dass der 20. September Auftakt zu einer Wende hin zu einer sozialen und ökologischen Gesellschaft wird. An diesem Tag können Betriebsversammlungen stattfinden, Aushänge gemacht und Flugblätter verteilt werden. Es können Warnstreiks für einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Erneuerbaren Energien organisiert und für die Beteiligung an den Demonstrationen mobilisiert werden. Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, kreativ mitzuwirken, damit die Gewerkschaften und Beschäftigte aktiver Teil der Klimabewegung werden.« Eine ähnlich gelagerte, eher an SympathisantInnen der Grünen in Gewerkschaften und Interessenvertretungen gerichtete Initiative findet sich im Internet unter www.workers4future.de.

In Erwartung der Unterstützung durch den ver.di-Bundesvorstand hat mindestens der hessische und der Landesbezirk Niedersachsen-Bremen bereits eine Beteiligung »nach Kräften und Möglichkeiten« beschlossen – was keine Streiks im engeren Sinne einschließen dürfte, aber den Aufruf zu anderen Aktionen wie Betriebsversammlungen, aktiven Mittagspausen etc. umfassen könnte. Regional ist es bei Streikaktionen bereits zur Zusammenarbeit von Gewerkschaften und FFF gekommen. So wurden z.B. in Stuttgart in den Einzelhandels-

Fortsetzung auf Seite 2 unten

GEWERKSCHAFTEN INLAND

- Torsten Bewernitz: »Truckers & Turtles united?« – Annäherung von Gewerkschaften und ökosozialer Bewegung S. 1
- Stephan Krull: »Ohne Plan? Ohne uns!« – Gewerkschaften, Klimawandel und Mobilitätswende S. 2
- Die Bewunderer des Hilarius Gilges: »Die Zerstörung der IG Metall?« – Über den gewerkschaftlichen Umgang mit der ökosozialen Krise S. 4
- »ver.di unterstützt #Unteilbar-Demonstration in Dresden« S. 4
- Gregor Kritidis: »Sozialismus und Grundgesetz« – Die Enteignungsdebatte: Soziale Demokratie statt Verstaatlichung S. 6
- Edgar Weick: »Oskar Negt zum Fünfundachtzigsten« – Betrachtungen zu seinem Geburtstag und über den Tag hinaus S. 13
- Gottfried Oy: »50 Jahre Sozialistisches Büro« – Eine Tagung zu Geschichte und Gegenwart der undogmatischen Linken S. 15

BETRIEBSSPIEGEL

- Recht und Arbeit: »Tipps für ein gutes Betriebsklima« – Hitze im Betrieb: Was kann der Betriebsrat tun? S. 5
- Vera Musmann: »Wie streiken gegen Outsourcing und Befristungen?« – Ein Veranstaltungsbericht S. 12

INTERNATIONALES

- Tobias Hollinger: »Wenn Frau will, steht alles still« – Der Frauenstreik am 14. Juni in der Schweiz S. 9
- Sarah Lazare: »Prolls gegen Ökos?« – US-Medien instrumentalisieren Bergleute, um den Green New Deal zu attackieren S. 10
- Terry Miller: »Amazon: Warum ich aktiv werde« – Erfahrungsbericht eines Lagerarbeiters aus Chicago S. 10

REZENSION

- Rudolf Walther: »Ein Theoretiker des Alltags« – Der zweite Teil der Autobiografie von Oskar Negt S. 13

KURZMELDUNGEN

- Antipasti S. 7

EINLADUNG

- »Gut gewählt, alte Schildkröte!« – Ratschlag zur Zukunft des express S. 16

Bildnachweise

Die Einhegung der Folgen des Klimawandels verlangt Veränderung – andere Produktions- und Konsumweisen, nicht zuletzt andere Mobilitätskonzepte. Dass die Ideen für eine Mobilitätswende oft so erstaunlich un kreativ ausfallen – es bleibt beim Individualverkehr, nur bitte batteriebetriebenen – mag auch der Tatsache geschuldet sein, dass der Autoverkehr ein festgefügter Bestandteil unserer zweiten Natur geworden ist. In den Köpfen wirken Freiheitsversprechen und Status-Symbolik, und in der gebauten Umwelt lassen imposante Werke aus Beton oft gar keine andere Nutzungsmöglichkeit erahnen, als sie mit Autos, Autos, Autos zu befahren und zu belegen. Davon handelt die Bildstrecke der vorliegenden Ausgabe. Die Bilder sind auf www.flickr.com unter Creative Commons-Lizenz veröffentlicht.

Zusätzlich haben wir die Texte aus dem Themenkreis »SB-Geschichte« mit Bildern aus unseren Archivbeständen illustriert.

»Ohne Plan? Ohne uns!«

Gewerkschaften, Klimawandel und Mobilitätswende – von Stephan Krull*

50.000 Mitglieder der IG Metall demonstrieren am 29. Juni in Berlin, um einen fairen, sozialen, ökologischen und demokratischen Umbau von Industrie und Gesellschaft zu fordern. Der industrielle Umbau ist im Gange, Klimawandel und technologische Sprünge betreffen fast alle Menschen. Sind 50.000 Protestierende viel oder wenig, gemessen an zwei Millionen Mitgliedern und den Bewegungen der letzten Monate? Jedenfalls nicht genug gegen einen am Profit orientierten rein technologischen Wandel, der weitere Prekarisierung und Sozialabbau zum Ziel hat, aber den Klimawandel nicht aufhält. Warum waren die anderen Gewerkschaften nicht beteiligt, warum waren Umweltbewegung und Sozialverbände nicht beteiligt, warum wurden die hunderttausenden SchülerInnen von Fridays for Future nicht eingeladen? Die Digitalisierung und der Klimawandel seien große Herausforderungen für die Firmen und die Zukunft der Arbeitsplätze, sagt der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann. Das stimmt und ist doch viel zu wenig. Dünn sind die Positionen des Gewerkschaft-Vorstandes – gäbe es nicht Eigensinn und Kreativität der aktiven GewerkschafterInnen und die Dynamik der Mobilisierung, wäre die Aktion wenig mehr als eine PR-Maßnahme gewesen. Jörg Hofmann weiter: »Ganz dringend ist eine flächendeckende und verlässliche Infrastruktur von Schnellladestationen. Daneben sind massive Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr und die Schiene notwendig.«

Systemwandel oder Klimawandel?

Der Klimawandel ist unübersehbar und die Folgen werden alle Menschen weltweit betreffen. Die Regierenden geben vor, das Problem erkannt zu haben und das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen. Die Bundesregierung sagt, dass die Einhaltung der Klimaziele nicht »unseren Wohlstand« und nicht »unsere Arbeitsplätze« belasten darf, meint damit Exportkraft und Profite – und bleibt weitgehend tatenlos.

Die Industriegewerkschaften sehen den Klimawandel als Bedrohung der Menschheit und betonen die Notwendigkeit, im Kampf um die Einhaltung des 2-Grad-Zieles die soziale Dimension nicht auszublenden. Damit ist die Frage der Demokratie aufgeworfen. Eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschafts- und Lebensweise geht nicht ohne Zustimmung der Bevölkerung, auch und gerade der Arbeiterklasse, jedenfalls nicht ohne soziale Sicherheit: Fairwandel!

Durch die Gewerkschaften werden solche Ansprüche in den richtigen Zusammenhang gestellt. Dennoch sind die gewerkschaftlichen Positionen widersprüchlich und halbherzig. Nachhaltig ist es nicht, »neben« Milliarden für Lade-Infrastruktur und Transformationskurzarbeitergeld weitere Investitionen in die Schiene zu fordern und die riesigen Profite der Aktionäre dabei nicht in den Blick zu nehmen. Gewerkschaften müssen sich vom unhaltbaren industriellen Wachstumszwang verabschieden. Die IG Metall fragt »Wie schaffen wir die klimafreundliche Verkehrswende?« und verweist auf die Regierungskommission »Nationale Plattform Zukunft der Mobilität« (NPM): Frank Iwer, Automobilexperte des IG Metall-Vorstandes, begrüßt, »dass jetzt endlich die Voraussetzungen für den Hochlauf der Elektromobilität auf die Tagesordnung gebracht werden und die Umsetzung mit konkreten Maßnahmen hinterlegt wird.«

»Mit der Empfehlung, die Umsetzungsschritte schrittweise zu überprüfen und nötigenfalls auch nachzusteuern, befindet sich die NPM auf dem richtigen Weg«, sagt Iwer.

Das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 eine Elektroauto-Flotte von einer Million Fahrzeugen vorweisen zu können, ist gescheitert; nicht einmal zehn Prozent sind realisiert. Die Autokonzerne warten auf Subventionen und wollen Elektroautos bauen wie Autos mit Verbrennungsmotor: genau so groß, genauso schnell und mit ebensolcher Reichweite – obwohl das nicht der üblichen Nutzung entspricht; aber mit großen Autos wird mehr Profit realisiert. Die Unternehmensplanungen sind das Gegenteil einer Mobilitätswende und müssten von der Gewerkschaft massiv kritisiert werden. Tapfer beteiligt sich die IG Metall jedoch an der Regierungskommission, deren Zusammensetzung Bände spricht: etwa 100 Personen, davon vier Vertreter von IG Metall, IG BCE und EVG – alle anderen sind UnternehmensvertreterInnen oder Ministerialbeamte.

Kann die IG Metall wirklich hoffen, mit dieser Regierungskommission einen gerechten Wandel durchzusetzen? Selbst der Verband der Bahnindustrie kritisiert die bisherigen Ergebnisse: »Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag eine Verdoppelung des Schienenpersonenverkehrs bis 2030 als Ziel definiert. Aber statt Maßnahmen zu entwickeln, um dieses ehrgeizige Ziel zu realisieren, wird das Ziel kurzerhand entsorgt. Das Papier hat Schlagseite und taugt nicht als Konzept für klimaschonende Mobilität.«

Zukunftsträchtig und nachhaltig wären Positionen, die die Beschäftigungschancen einer

grundlegenden Mobilitätswende erkennen, formulieren und einfordern sowie einen Zeitplan dafür vorschlagen würden.

Zur Suchbewegung der Industrie nach neuen Profitquellen und zur Balance zwischen Klimazielen und Beschäftigung sagt der IG Metall-Vorsitzende: »Heute deutet alles darauf hin, dass der Übergang zu rein elektrischen Fahrzeugen schneller kommt als erwartet. Wir rechnen durch dieses erhöhte Tempo damit, dass allein im Bereich der Aggregate ein Viertel aller Jobs wegfallen könnte. (...) Gleichzeitig müssen wir die Marktdurchdringung mit elektrischen Fahrzeugen vorantreiben. Jeder Prozentpunkt mehr verkaufte Fahrzeuge bedeutet eine weitere CO₂-Minderung (...) auch wenn es ein anspruchsvolles Ziel ist, da es an Infrastruktur fehlt.«

Unkritisch wird die ordnungsrechtliche Festlegung übernommen, Elektro-Autos seien »Zero-Emission-Fahrzeuge« – obwohl sie in Produktion, Betrieb und Verwertung eher mehr CO₂ emittieren.

Die gewerkschaftliche Misere

Mangels Mut und ausreichender Mitbestimmung ordnet sich die Gewerkschaft dem Kurs von Autoindustrie und Regierung unter, statt an Alternativen zu arbeiten. Laut Betriebsverfassungsgesetz können Betriebsräte den Arbeitgebern Vorschläge zur Sicherung und Förderung von Beschäftigung machen. Dies können Alternativen zur Ausgliederung von Arbeit so-

wie zum Produktions- und Investitionsprogramm sein. Verbunden mit betrieblicher und gewerkschaftlicher Öffentlichkeitsarbeit können solche Vorschläge durchaus wirkmächtig werden.

Der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert hat nicht nur der Debatte um Vergesellschaftung öffentlichen Raum verschafft, sondern der IG Metall den Spiegel vorgehalten, der sich auf vielen T-Shirts bei der Demo am 29. Juni in Berlin wiederfand. In der Satzung im Paragraph 2 heißt es: »Die IG Metall (...) setzt sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und den Schutz der natürlichen Umwelt zur Sicherung der Existenz der Menschheit ein. Aufgaben und Ziele der IG Metall sind insbesondere (...) Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen; die Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Betrieb und Unternehmen und im gesamt-wirtschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten; Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.«

Die Reaktion der Betriebsratsvorsitzenden von BMW und Daimler, die SPD sei nach der Aussage von Kühnert »für Arbeitnehmer nicht mehr wählbar«, ist eine geschichtsvergessene



Fortsetzung von »Truckers...«, S. 1

streiks mehrfach Streikkundgebungen und -demonstrationen mit zeitgleich stattfindenden FFF-Aktionen zusammengeführt. Auf spontane Einladungen zu Redebeiträgen folgten koordinierte Zusammentreffen. Die Zusammenarbeit mit FFF und die Aufnahme ökologischer Themen (Umgang mit Lebensmitteln, Gebrauch von Plastiktüten) »kam bei den Streikenden im Einzelhandel ziemlich gut an«, berichtet eine Gewerkschaftssekretärin.

Und die IG Metall? Anfang Juli berichtet der Spiegel (10. Juli 2019) von einem gemeinsamen Eckpunktepapier der IG Metall mit dem BUND und NaBu für einen schnelleren, klimafreundlichen und sozialen Umbau von Energiewirtschaft und Verkehr. Konkret fordern die drei Organisationen eine Abkehr von einem ausgeglichenen Staatshaushalt, um die notwendigen Investitionen zu fördern. »Klimaschutz kann nur gelingen, wenn die Energie- und Verkehrswende ernsthaft ange-

gangen werden. Dafür brauchen wir keine neuen »Zielzahlen«, sondern konkrete Maßnahmen vor allem von der Bundesregierung. Und wir erwarten, dass die Unternehmen ihrer Verantwortung nachkommen und die Chancen mit energieeffizienten und klimagerechten Produkten und Dienstleistungen konsequent nutzen. Aber wir sagen auch klipp und klar: Klimaschutz und Beschäftigung gehören zusammen. Das verlangt gute Rahmenbedingungen für beides. Und von der Politik erwarten wir nicht nur die nötigen Investitionen, sondern auch wirksame Programme, damit Beschäftigung gesichert und die Qualifizierung erhöht werden kann«, so der IGM-Vorsitzende Jörg Hoffmann in der entsprechenden Pressemitteilung. Das Eckpunktepapier der IGM folgt auf die »FairWandel«-Demonstration am 29. Juni diesen Jahres, die ebenfalls bereits vom NaBu unterstützt wurde.

Die IGM setzt dabei allerdings offenbar ganz auf das Feld der professionalisierten Nichtregierungsorganisationen und nicht auf die sozialen Bewegungen: Mit FFF tut sich die

(zweit-)größte Industriegewerkschaft der Welt deutlich schwerer. Im Vorfeld der Demonstration auf eine mögliche Zusammenarbeit mit FFF angesprochen, verwies die IGM auf fehlende Ansprechpartner in der Bewegung und implizit auf eine zu große Distanz der Bewegung zu den Themen von Gewerkschaft und Beschäftigten, schrieb die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* (24. Juni 2019).

Ökologie als Klassenfrage

Dabei ist das Thema unverkennbar eine Klassenfrage, die alle Beschäftigten etwas angeht. Es »sind doch gerade sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen überproportional von den Folgen der Umweltverschmutzung betroffen«, so Linken-MdB Nicole Gohlke unter dem Titel »Klimapolitik ist Klassenpolitik« in der *Disput* (Juni 2019). Und weiter: »Billigere Wohnlagen bedeuten in der Regel stärker befahrene Straßen, also Dreck und mitunter unerträglichen Straßenlärm. Eine Studie zeigt,

dass Arme vom Verkehr doppelt so stark belastet sind wie Wohlhabende.« Und vor allem: »Die Annahme, dass die arbeitende Klasse sich nur für billiges Fleisch und schnelle Autos interessiert, ist falsch und herablassend.« Denn, so Anselm Schindler auf *lowerclassmag.com*, »die Upperclass kann es sich aussuchen, ob sie regionales Biogemüse oder Billigtomaten aus Spanien aufs Kassenband legt. (...) Wer einmal ein gesundes und ökologisch nachhaltiges Leben führen dürfen wird, entscheidet sich nicht selten schon bei der Geburt.«

Aber: Ökologisches Bewusstsein hin, materielle Grundlage her – die arbeitende Klasse ist es nicht, die die ökologischen Belastungen zu verantworten hat. Sie besteht nicht unbedingt aus jenen, die SUVs fahren und als Vielflieger gelten können. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung ist laut dem Oxfam-Bericht »Extreme Carbon Inequality« für zehn Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich, die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung für die Hälfte der Emissionen – es sind aber die Ärmsten, die am krasssten unter den Folgen

Entgleisung und Ausdruck der konträren Positionen in der Gewerkschaft: betriebliches Co-Management und einzelbetriebliche Profitorientierung einerseits – Sozialstaat, Schutz der natürlichen Umwelt und Demokratisierung der Wirtschaft andererseits.

In einer Erklärung der IG Metall zu einem »Dieselgipfel« (2017) heißt es unter anderem: »Die Komplexität und die Tragweite von Klimawandel und technologischen Veränderungen verlangt ein koordiniertes und abgestimmtes Handeln der beteiligten Akteure – Unternehmen, Politik, Gewerkschaften, Verbände« – in etwa das, was die Gewerkschaft mit Wirtschafts- und Sozialräten fordert. Diese Erkenntnis könnte Ausgangspunkt eines Mobilitätsrats sein, ein Ort für demokratische Beratung und Entscheidung zur sozial-ökologischen Transformation, wenn Verbraucher-, Verkehrs- und Umweltverbände einbezogen würden. Aber in diese Richtung hat sich seither nichts bewegt – die Gewerkschaft gibt sich mit ihrem Platz am Katzentisch der Regierungskommission zufrieden.

Die IG Metall hat ca. 2,3 Millionen Mitglieder, etwa eine Million davon im Maschinenbau, etwa 600.000 in der Auto- und Zulieferindustrie und ca. 200.000 in der Bahnindustrie. Es gibt keinen vernünftigen Grund anzunehmen, dass eine Mobilitätswende mit einer Stärkung von Bahnindustrie und Schienenverkehr das notwendige Schrumpfen der Autoindustrie nicht auffangen könnte – verbunden mit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung gibt es kein Beschäftigungsproblem bei der Mobilitätswende und dem dazu gehörenden Umbauplan.

Die Widersprüche gewerkschaftlicher Politik werden sichtbar, weil die IG Metall auch die Organisation derjenigen ist, die in der Bahnindustrie beschäftigt sind. Im November 2017 führte die IG Metall einen Bahnaktionstag durch und die Betriebsräte der Bahnindustrie verabschiedeten eine Erklärung, in der es

u.a. heißt: »Wir wissen, dass die integrierte Mobilität der Zukunft eine starke Schiene braucht. Eine starke Schiene gewährleistet Mobilität und schützt Klima sowie Gesundheit. Wir setzen auf eine Offensive zur Sicherung und Stärkung unserer Arbeitsplätze, Standorte und Wertschöpfungsketten. Wir erwarten die Einführung eines Branchendialogs für Eisenbahn und Bahnindustrie mit Politik, Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Forschung, um Transparenz zu schaffen und Branchenstrategien zu klären.«

Wieder findet sich hier die Forderung nach einem Branchendialog, ohne dass die IG Metall eine andere betroffene Gewerkschaft einbezogen und diesen Dialog durch politische und öffentlichkeitswirksame Initiativen vorangetrieben hätte.

Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie

»Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum« – so die aus historischen Erfahrungen gefasste Position der IG Metall, die in den Grundgesetzartikeln 14 und 15 ihre Entsprechung findet. Zweifellos ist die Produktion von Autos eine Schlüsselindustrie unseres Landes. Mit jährlichen Subventionen in Milliardenhöhe und keynesianischen Programmen in jeder Krise (z.B. die sogenannte »Abwrackprämie«) bis hin zur staatlichen Beteiligung (Opel) wird die Autoindustrie von den Regierungen unterstützt.

Andererseits machen die Großaktionäre, die Familien Porsche, Piëch, Quandt und Klatten sowie die Staatsfonds reaktionärer Staaten wie Qatar und Kuwait, eine »Weltmacht« wie Blackrock mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Friedrich Merz (CDU), Milliarden-Gewinne: Die BMW-Eigner werden täglich um 5,5 Mil-

lionen Euro reicher, der Porsche-Piëch-Clan bekommt dieses Jahr zwei Milliarden Euro Dividende überwiesen und Volkswagen hat dann immer noch eine »Gewinnrücklage« von über 70 Milliarden Euro.

Zur Veranschaulichung nochmals das Beispiel Volkswagen, eine Firma, die nach 1945 »herrenlos« war, weil die vormaligen Eigentümerin, die DAF (Deutsche Arbeitsfront), als verbrecherische Nazi-Organisation aufgelöst war. Fünfzehn Jahre später wurde aus dem öffentlichen Eigentum eine Aktiengesellschaft mit »Volksaktien«, zwanzig Jahre später verscherbelte die Bundesregierung ihre letzten Anteile am Unternehmen, und wieder drei Jahrzehnte später sind auf wundersame Weise die Erben des von den Nazis beauftragten Ferdinand Porsche die Mehrheitseigentümer des weltgrößten Automobilkonzerns. Man kann das auch als eine Geschichte der Enteignung schreiben. So gesehen geht es um eine Re-Vergesellschaftung, um, wie Marx es ausdrückte, die Expropriation der Expropriateure.

Der fortschreitende Konzentrationsprozess in der Weltautomobilindustrie, die wachsende Arbeitsteilung, die sozial-ökologische Transformation erfordern gesellschaftliche Planung. Die Orientierung auf Konkurrenz und Maximalprofite, die kriminellen Machenschaften der oberen Managerkaste, der Missbrauch ökonomischer Macht erfordern eine Überführung der Autoindustrie in gemeinwirtschaftliche Formen. Mit Krisenkapitalismus ist den absehbaren sozialen, ökologischen und ökonomischen Problemen nicht beizukommen, sind die Widersprüche zwischen Verwertungs- und Profitinteressen einerseits und den Bedürfnissen der Menschen nach gutem Leben in einer intakten Umwelt andererseits nicht auflösbar. Zulieferbetriebe melden schon Insolvenz an, Automobilhersteller kündigen Sparprogramme mit Personalabbau und Werksschließungen an. Eine Voraussetzung, um gesamtgesellschaftlichen Alternativen zum Durchbruch zu verhelfen: die Konkurrenz zwischen den Branchengewerkschaften muss durch eine Stärkung des DGB aufgehoben werden. Die Debatte um die Mobilitätswende und die sozialen, ökologischen, technischen, ökonomischen und juristischen Implikationen ist nach langem Stillstand wieder aufgegriffen und wird in der IG Metall, im Gesprächskreis Zukunft Auto Umwelt Mobilität« der Rosa-Luxemburg-Stiftung ebenso wie bei Attac, bei den Klimastreikaktionen, in den Umwelt- und Verkehrsverbänden geführt. Die Aktionen und Proteste bei den Aktionärsversammlungen von Volkswagen und Daimler, die Proteste bei der IAA zeigen: Es geht nicht nur um Theorie, sondern um praktische politische Bewegung, um die Konfrontation der Gesellschaft mit den sozial-ökologischen Alternativen zur profit- und konkurrenzgetriebenen Zerstörung unserer natürlichen und gesellschaftlichen Existenzgrundlagen.

* Stephan Krull ist ehemaliger VW-Betriebsrat und aktiv in der attac-AG ArbeitFairTeilen.

Geneigte Leserinnen und Leser,

wenn wir letzte Hand an den express legen, dann ist üblicherweise Freitag. Geballte Umbruch-Packung, dann erschöpft, aber leidlich zufrieden ins Wochenende. *Friday for Future* – die Zukunft liegt im Müßiggang.

Oder doch auf der Straße. Die ErfinderInnen der Fridays for Future, die streikenden Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz, rufen uns – euch, alle – dazu auf, gemeinsam zu streiken. In der Aktionswoche vom 20. bis 27. September wollen sie etwas an der Eskalationsschraube drehen, weil sie verstanden haben, dass ein überschwängliches »Ich finde das ganz toll, wie ihr euch engagiert!« aus dem Mund einer Krawatte oder eines Hosenanzugs noch keine andere Klimapolitik macht. Daher soll der Streik nun dorthin zurück, wo er hingehört – an die Arbeit, in die Betriebe.

Auch wenn es so aussehen mag: Das war nicht der Anlass für diese reichlich grün geratene Ausgabe des express. Oder allenfalls mittelbar. Das Problem, auf das die FFF-Demos so beharrlich hinweisen, wird ja umso interessanter, je weiter man sich vom Moralismus entfernt und je näher man den Welten von Arbeit und Produktion kommt – immer wieder lauert dort die knifflige Frage, wie eigentlich über Ökologie und die Interessen von ArbeiterInnen zu reden ist, wenn man die schlichte Logik der Entweder-Oder-Zwänge hinter sich lassen will. Entsprechende Ansätze gibt es, wie Torsten Bewernitz in seinem Beitrag feststellt, und es gibt sie – *surprise!* – auch in den USA. Sarah Lazare stellt den dortigen Diskurs um Gewerkschaften und das ökosozialistische Reformprogramm *Green New Deal* vor.

Zwei Beiträge befassen sich mit der deutschen Diskussion um eine Mobilitätswende und der Art und Weise, wie die größte Gewerkschaft hierzulande versucht, darin Boden gutzumachen (Stefan Krull und das Autorenkollektiv »Die Bewunderer des Hilarius Gilges«). Wer aufmerksam liest, wird noch weitere Kleinode finden, die sich des Klimas annehmen.

Das große Interesse am Thema und die Vielzahl an entsprechenden Wortmeldungen ist angesichts dessen, was da auf dem Spiel steht, nicht verwunderlich. Und doch mahnt die Stimme der Gelbwesten, die feststellt, dass für viele das Ende des Monats stets deutlich näher ist als das Ende der Welt. Aber eben das ist der Spielraum, in dem es sich zu positionieren gilt.

Unsere kleine Feierlichkeit zum 50-Jährigen des Sozialistischen Büros ist gerade erst ein paar Tage her – und schon liegt nicht nur ein Veranstaltungsbericht von Gottfried Oy vor, sondern auch sehr schönes, bereits bearbeitetes Filmmaterial, das wir euch demnächst online präsentieren werden – an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an das Filmteam schon mal! Zusammen mit Edgar Weicks Gratulation an Oskar Negt und Rudolf Walthers Rezension von dessen Biografie ist damit der Blick in die eigene Geschichte ein zweiter Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe.

Ehe wir es vergessen: Im August nehmen wir uns ein wenig Auszeit, der nächste express erscheint im September mal wieder etwas umfangreicher. Bis dahin verweisen wir auf unsere bereits in der letzten Ausgabe angekündigte express-Veranstaltung am 21. September (S. 16), auf der wir euch gerne zahlreich begrüßen würden, um in aller Ausführlichkeit über die *Futures & Optionen* des express zu beraten. Wir wünschen einen frischen, auch mal etwas kühlen Sommer – solange es so etwas noch gibt...



Michael Thies: Highway Classics, ca. 1960-20

zu leiden haben. Das liegt nun zugegebenermaßen nur geringfügig an SUV-Fahrerei und Vielfliegerei, sondern vielmehr daran, dass 70 Prozent der Emissionen von 100 Großkonzernen zu verantworten sind. »System Change, not climate change – Systemveränderung statt Klimawandel« ist mehr als nur eine Parole.

Wo die arbeitende Klasse doch zur Umweltsünderin wird, ist das nicht selten erzwungen: »In zahlreichen Gebieten ohne öffentlichen Nahverkehr ist die Motorisierung die einzige Möglichkeit, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen.« Die Proteste der Gelbwesten, deren Situation hier von der Pariser Gruppe Agitations in ihrem Blog beschrieben wird, sei folglich motiviert durch die Angst, »nicht mehr die Mittel zu haben, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen zu können«.

Zweierlei soziale Streiks?

Die Proteste der Gelbwesten seien folglich, so die Gruppe weiter, eine »Frage der Reproduktion

der Arbeitskraft«, mit dem Fokus Auto und Verkehr zudem ein von der Linken äußerst vernachlässigter Aspekt der Reproduktion. Darin verbirgt sich auch ein Hinweis auf die Schwierigkeiten, unterschiedliche Bewegungen in ihren Forderungen und ihrem Handeln zusammenzubringen. Wenn der Riot-Forscher Joshua Clover im selben Kontext von einem »frühen Klimariot« spricht, wird der Zusammenhang vielleicht deutlich: Der eingangs genannte Frauenstreik und die so unterschiedlichen Proteste von Fridays for Future einerseits und den Gelbwesten andererseits sind allesamt Reproduktionskämpfe, deshalb ist für ihn auch der »soziale Streik«, d.h. der Streik außerhalb oder neben der Produktion, das Mittel ihrer Wahl. Ob sich dann überhaupt noch von Streik sprechen lässt, ist eine andere Frage, die wir hier mal offen lassen. Aber vielleicht hat der Berliner Arbeitsrechtler Benedikt Hopmann Recht, wenn er in der GEW-Zeitung *bbz* einen zumindest zukünftigen Zusammenhang beschreibt: »Die widerständigen SchülerInnen von heute sind die wi-

derständigen GewerkschafterInnen von morgen.«

»Wie bringen wir soziale und ökologische Kämpfe zusammen?«, fragt sich auch Anselm Schindler im oben zitierten Beitrag »Vom Klima- zum Generalstreik«. Das heißt auch: Wie kombinieren wir feministische und Klimaproteste unter Akzentuierung der Klassenperspektive? Feministische Positionen, so Schindler weiter, seien in der Ökologiebewegung weitgehend Konsens, sie sei auch eine jener Bewegungen, in denen verhältnismäßig viele Frauen aktiv seien. Gute Voraussetzungen also. Beide Themen als Probleme des Ineinanderreifens von Produktion und Reproduktion zu behandeln und dabei nicht zu vergessen, dass es auch bei Fragen der Reproduktion auf die Anwendung von Produktionsmacht ankommt, könnte ein Ansatz sein, um die in die Diskussion gebrachten »sozialen Streiks« – Frauen- wie Klimastreik – mit den Institutionen der Arbeiterbewegung – vulgo: den Gewerkschaften – dauerhaft zu koppeln.

Die Zerstörung der IG Metall?

Über den gewerkschaftlichen Umgang mit der ökosozialen Krise

Der Sozialdemokratismus lebt von Spielräumen. Denn als Praxis des Kompromisses braucht er Verteilungsspielräume, politische Spielräume, historische Spielräume, die er nutzen kann, um nach einer Phase der Mobilisierung der eigenen Klientel zu Kompromissen mit seinem jeweiligen Gegenüber zu gelangen. Umgekehrt meint das aber auch: Schwinden etwa durch ökonomische Krisen via Intensivierung der Konkurrenz die Verteilungsspielräume, finden sich auf der politischen Bühne immer mehr radikalisierte Akteure ein oder gerät eine Gesellschaft historisch an das Ende einer Entwicklung, dann verschärfen sich die Bedingungen sozialdemokratischer Politik entsprechend.

Wir leben in einer Zeit, in der die unterschiedlichen sozialen Spielräume erheblich kleiner geworden sind. Mit Blick auf den Klimawandel ist die Zeit knapp geworden und es droht eine ökologische Katastrophe globalen Ausmaßes mit der Entstehung unbewohnbarer Erdgebiete, einer Verknappung der globalen Nahrungsmittelproduktion und unvermeidbaren Migrationsbewegungen. Ökonomisch scheint es uns gut zu gehen, aber die ökonomische Blüte der Gegenwart ist fragil: Man beachte, dass die Notenbanken der großen Industrieländer mit ihren Leitzinserhöhungen weiterhin zögern, so dass wir es offensichtlich gegenwärtig mit einer Finanzblasen-Ökonomie zu tun haben. Schließlich bevölkern sich die politischen Bühnen der Welt zusehends mit radikalisierten Akteuren und Stimmungen, Namen wie Trump, Erdogan, Orban, Duterte, Bolsonaro, Le Pen oder Salvini mögen als Beleg genügen.

Wenn diese Ausgangsüberlegungen stimmen, dann ist eine aktuelle Krise der internationalen Sozialdemokratie logisches Symptom des gegenwärtigen Zustands der Welt und es ist davon auszugehen, dass sich diese mit den weiter schwindenden gesellschaftlichen Spielräumen nicht so leicht erledigen wird. In dieses Bild passt unseres Erachtens auch die Krise großer Teile der Gewerkschaftsbewegung, denn die überwiegende Mehrheit derselben sind an der Sozialdemokratie orientierte Organisationen, die von Anfang an immer einen Kompromiss suchen, in ihrer Praxis also gar nicht auf Siege über ihren Gegner abzielen, sondern mit diesem schnell zu Lösungen kommen wollen. Eine große Ausnahme von dieser Krise scheint es allerdings zu geben, und deshalb verdient diese Gewerkschaft unsere Aufmerksamkeit: die IG Metall. Während um sie herum die Sozialdemokratien und auch viele Gewerkschaften gegen Mitgliedermangel, schwindenden Einfluss und das Zusammenbrechen ihrer Machtressourcen kämpfen,

scheint diese sozialdemokratische Großorganisation kaum an Kraft einzubüßen. Deshalb soll die Frage lauten: Ist die IG Metall unzerstörbar oder bereitet sich ihre Zerstörung ähnlich wie die aller anderen sozialdemokratischen Organisationen langsam vor?

Transformation

Dass diese Frage im Ton etwas reißerisch daherkommt, soll nicht bestritten werden. Dass ihr grundsätzlicher Charakter jedoch berechtigt ist, zeigt ein schneller Blick ins Netz, wo IG-Metall Chef Jörg Hoffmann auf der eigenen Website mit den Worten zitiert wird: »Die Gesellschaft steht vor fundamentalen Umbrüchen.« Diese technologischen, ökologischen und sozialen Umbrüche begreift die IG Metall als Transformation. Und um sich und der deutschen Öffentlichkeit ein Gefühl dafür zu geben, wie gut die deutschen Metall-Betriebe auf diese Transformation vorbereitet sind, hat sie einen »Transformationsatlas« erstellt. Die Ergebnisse sind laut IG Metall beunruhigend, denn, so Jörg Hofmann: »Knapp die Hälfte der Betriebe haben keine oder keine ausreichende Strategie zur Bewältigung der Transformation. Betriebe und Beschäftigte müssen sich auf neue Qualifikationen einstellen. Die dazu notwendige Fähigkeit zur Veränderung ist allerdings erst in Ansätzen bemerkbar. Wenn sich die Unternehmen weiterhin so defensiv verhalten, spielen sie Roulette mit der Zukunft der Beschäftigten.«

Um dieser dramatischen Situation zu begegnen, appelliert Hoffmann an das deutsche Kapital: »Die Unternehmen müssen die anstehenden Veränderungen offensiv angehen. Dazu gehören Investitionen in neue Produkte, Prozesse und in neue Geschäftsmodelle. Nötig ist auch eine vorausschauende Personalplanung und betriebliche Qualifizierung, um sicherzustellen, dass die Betriebe den Wandel bewältigen können.« Darüber hinaus fordert die IG Metall die Politik dazu auf, durch Milliarden-Investitionen in die Infrastruktur die Rahmenbedingungen der Energie- und Mobilitätswende sicherzustellen. Zudem sollen Betriebsräte mehr Mitbestimmungsrechte bei der betrieblichen Weiterbildung, der Personalplanung und bei strategischen Fragen bekommen und durch die Einführung eines Transformations-Kurzarbeitergelds soll eine Beschäftigungsbrücke geschaffen werden, um während der Transformation Entlassungen zu vermeiden. Schließlich hat die IG Metall am 29. Juni 2019 in Berlin recht erfolgreich knapp 50.000 DemonstrantInnen mobilisiert, um ihren Forderungen Nachdruck zu verle-

hen und Politik und Wirtschaft aus ihrer Lethargie zu reißen.

Ökotechnologische Weltmarktführerschaft?

An alledem ist positiv, dass die IG Metall die Zeichen der Zeit klar erkannt hat – in den nächsten zehn Jahren wird sich zeigen, welche Zukunft das deutsche Industrie-Kapital und mit ihm der immer noch vorhandene Wohlstand erheblicher Teile der deutschen ArbeiterInnen noch haben. Gleichzeitig jedoch verblüfft die IG Metall mit der Schlichtheit ihres Blickes auf diese immense Herausforderung, denn sie folgt letztlich nur einem Leitgedanken: »Damit alles so bleiben kann, wie es jetzt ist, muss sich alles ändern!« Oder genauer: Damit Deutschland seine Rolle als Export-Gigant beibehalten kann, damit dadurch erhebliche Teile der deutschen Metall-Arbeiterschaft ihren materiellen Wohlstand ohne Verzicht genießen können und damit die IG Metall mit knapp zwei Millionen Mitgliedern materiell auch weiterhin bestens aufgestellt ist, muss die deutsche Wirtschaft und Politik eigentlich nur die ökotechnologische Weltmarktführerschaft erobern. Ist also bei Lichte gesehen ganz einfach – Druck auf die Politik und das Kapital ausüben, damit deutsche Ingenieure und fachkundige IGM-Betriebsräte die Technik so weiter entwickeln, dass sie grün wird. Parallel dazu ein wenig Qualifikation der Beschäftigten und zudem noch ein internationales Klimaabkommen, damit sich niemand unfaire Wettbewerbsvorteile verschafft – et voilà: Und schon können wir Jahrzehnte weitermachen wie bislang?

Es ist mehr als zweifelhaft, ob ein ökotechnologisches »Weiter so« die Lösung der massiven, globalen Probleme im »Anthropozän« (Crutzen/Stoermer) darstellt. Denn, wie Elmar Altvater über den »Grundwiderspruch des 21. Jahrhunderts« schreibt: »Der Wachstumszwang ist ein Wesenszug des modernen Kapitalismus, zugleich wissen wir aber um die natürlichen Grenzen des Wachstums. Ein politisches Krisenmanagement, das auf Wachstum setzt, schürt Energiekonflikte, verschärft die Klimakrise und gefährdet die Ernährungsgrundlage vieler Menschen. Kein Wachstumsdiskurs kann darüber hinwegtäuschen, dass wir die Grenzen, die uns die Natur setzt, respektieren müssen.« (Atlas der Globalisierung: Weniger wird mehr, 2015, S. 19)

An drei Beispielen wollen wir dies kurz verdeutlichen. Erstens: die Nutzung des Flugzeugs als Mittel der Massenmobilität kann ohne Klimafolgen so nicht weitergehen, da

weder die Technik für Elektro- oder Hybridflugzeuge oder Ökokerosin ausgereift ist, noch ein Massenflugverkehr nur mit Elektroflugzeugen ökologisch tragbarer wäre. Möchte die Gattung Mensch den Klimaabsturz verhindern, dann wird sie die Produktion von Flugzeugen sehr bald drosseln und die Nutzung des Flugzeuges rationieren müssen. Zweitens: 2015 gab es auf der Welt geschätzte 1,3 Milliarden Autos. Der Ersatz dieser Autos durch Elektro-Autos verspricht zwar einen gigantischen Auto-Boom womöglich auch für die deutschen Hersteller. Doch welche ökologischen und sozialen Kosten würden durch die Produktion von bis zu 1,3 Milliarden Antriebs-Batterien entstehen bzw. durch den damit einhergehenden massiven Abbau von Kobalt, Lithium und Nickel in Ländern wie dem Kongo? Auch die Steigerung der globalen Autoproduktion ist allenfalls in bestimmten Mäßen sinnvoll – womöglich wird der Privatbesitz von Autos z.B. einem klugen Car-Sharing weichen müssen. Drittens: in fast allen ökotechnologischen Wachstumsphantasien spielt die Digitalisierung eine besondere Rolle, da sie wie von Wunderhand die Produktion ökologisch zu machen scheint. Tilmann Santarius, Ökonom und Klimaexperte der TU Berlin, der zurzeit am von der Bundesregierung geförderten Projekt »Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation« mitarbeitet, erschüttert diese digitalen Hoffnungen, wenn er im Deutschlandfunk bemerkt: »Ja, die Ziele, die mit Digitalisierung verfolgt werden, sind natürlich sehr vielfältig. Aber ehrlich gesagt, die ökologischen Ziele stehen dann selten im Vordergrund. Meistens wird das so im Nebensatz gesagt, dass man auch dabei gleich dann noch die Umwelt schützen könnte, das wird aber nicht durchgerechnet und häufig geht es um etwas anderes. Und wenn man eben alle möglichen Lebens- und Wirtschaftsbereiche durchdigitalisiert, dann wird vergessen, dass dadurch der Aufbau der Infrastrukturen und der Verbrauch der Geräte allein schon so stark ins Gewicht fallen, dass sich viele, viele Sachen nicht lohnen aus ökologischer Sicht.« Und er präzisiert: »Mit dem Internet der Dinge, wenn das wirklich so drastisch kommt, wird der Energieverbrauch stark zunehmen. Heute verbraucht das Internet ja ungefähr acht Prozent des deutschen Stromverbrauchs, im Welt-durchschnitt sind es ungefähr zehn Prozent, das kann auf 30 bis 50 Prozent des Stromverbrauchs in den nächsten zwölf Jahren ansteigen bis zum Jahr 2030. Wenn man sich das vorstellt, 50 Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland fürs Internet, das wäre wirklich eklatant viel, da ist der Ökologie sicherlich kein Dienst mit getan.«¹

ver.di unterstützt #unteilbar-Demonstration in Dresden

ver.di unterstützt den Aufruf der bundesweiten #unteilbar-Demonstration am 24. August 2019 in Dresden und ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf.

An der #unteilbar-Demonstration am 13. Oktober 2018 in Berlin haben mehr als 240.000 Menschen teilgenommen. Der Tag ist allen als ein kraftvolles und überwältigendes Erlebnis einer unteilbaren Solidarität in Erinnerung geblieben. Zur Demonstration hatte u.a. der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg mit aufgerufen. Viele der TeilnehmerInnen waren und sind ver.di-Mitglieder.

Die DemonstrantInnen zeigten, dass die Zivilgesellschaft angesichts unsicherer Zeiten, stärker werdendem Hass und politischem Autoritarismus zusammensteht: Wir stehen für Solidarität statt Ausgrenzung und für eine offene und freie Gesellschaft! Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden. Wir kämpfen gemeinsam gegen Rassismus und Diskriminierung. Unsere Vielfalt ist unsere Stärke. Und es wurde deutlich gemacht: Reichtum

ist (umver-)teilbar – Menschenrechte sind unteilbar.

Die Ergebnisse der Kommunal- und Europawahlen im Mai haben gezeigt, dass die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im September und Oktober zu einer Nagelprobe für die Demokratie werden können. Es ist zu befürchten, dass Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit weiter salonfähig gemacht werden – und auch, dass die rechtspopulistische AfD an Stimmen dazugewinnt. Eine Regierungsbeteiligung der AfD gilt es zu verhindern.

Im Vordergrund steht für das

Bündnis #unteilbar, mit der Demonstration am 24. August in Dresden ein deutliches Zeichen der solidarischen Zivilgesellschaft zu setzen. Mit weiteren öffentlichen Aktionen, aber auch im privaten und beruflichen Alltag stehen gerade Gewerkschaftsmitglieder für eine andere, eine offene und gerechte Gesellschaft, ein #unteilbar macht deutlich, dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen und nationalistischen Scheinlösungen mit der Forderung nach universeller Solidarität begegnen. #unteilbar macht die solidarische Gesellschaft der Vielen sichtbar.

Die Freiheit, die #unteilbar meint, ist untrennbar mit der Forderung nach gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit verbunden. Eine Politik, die sich weiterhin an das Dogma der freien Märkte und des grenzenlosen Wachstums klammert

und die Frage nach gerechter Verteilung nicht mitdenkt, legitimiert Ungleichheiten und bereitet den Weg für autoritäre Lösungen. Der Kampf für gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle und die Kämpfe für Freiheit und Gleichheit sind #unteilbar, und zwar überall. Das Jahr 1989 ist für #unteilbar auch verbunden mit einem massenhaften Aufbegehren gegen ein autoritäres System und »für ein offenes Land mit freien Menschen«. Daran wird mit der Demonstration am 24. August in Dresden angeknüpft.

Alle weiteren Informationen zur Anreise und zum Ablauf der bundesweiten #unteilbar-Demonstration am 24.8. in Dresden finden sich unter www.unteilbar.org.

Kurz: Die angestrebte ökologische Transformation der Marktwirtschaft geht auch in der gewerkschaftlichen Variante am Kern des Problems vorbei, dass nämlich die Produktion von ›Wohlstand‹ (für einige wenige in der Weltgesellschaft) mit ihrem ureigenen Wachstumszwang ohne einen eher früheren als späteren, sich global auswirkenden ökologischen Kollaps nicht zu haben ist. Die IG Metall steht vor einer Weggabelung. Sie kann weiterhin Jahr für Jahr das Bruttoinlandsprodukt und die Außenhandelsbilanz Deutschlands vergrößern helfen, um dann Jahr für Jahr in Tarifrunden eine Lohnerhöhung für die Beschäftigten durchzusetzen und womöglich geht das eine ganze Zeit lang auch für die deutschen MetallarbeiterInnen gut. Sie kann aber auch registrieren, dass diese technikfetischistische Vogel-Strauß-Politik falsch ist, da sie lediglich hilft, die knapper werdende Zeit für einen globalen, ökologischen Turn-Around verstreichen zu lassen. Es ist eine unbequeme Wahrheit, aber wenn die IGM so etwas wie eine globale Verantwortung akzeptiert, dann muss sie anerkennen, dass die fetten, achtlosen Jahre einer ›imperialen Lebensweise‹ auch für die MetallarbeiterInnen in Deutschland vorüber sind.

■ Green Organizing

Doch, so könnte man entgegenen, ist das nicht ein bisschen viel verlangt für eine Gewerkschaft wie die IG Metall? Globale Verantwortung? Warum sollte sie sich derart engagieren, wenn der Klimawandel von Parteien und sogar einigen Regierungen nach wie vor geleugnet wird? Was kann die IG Metall tun, wenn ihre Beschäftigten diese bitter anmutenden Wahrheiten nicht hören wollen, so dass es nicht wundert, dass bei der Europawahl AFD und CDU die beiden Parteien waren, die bei ArbeiterInnen den höchsten Stimmenanteil hatten?² Die IG Metall ist die Gewerkschaft der Auto- und Flugzeugproduzenten des Exportweltmeisters Deutschland, sie ist die Gewerkschaft des deutschen Maschinenbaus, sie ist Digital-Gewerkschaft. Zudem ist sie eine Gewerkschaft, die materiell bestens aufgestellt ist.

Und sie ist eine Gewerkschaft, die – zu Recht – öffentlich immer wieder ihre besondere Bedeutung für die sozialen Verhältnisse in der BRD hervorkehrt. Aus dieser besonderen Position, aus dieser großen Kraft, erwächst unser Erachten für die IG Metall große Verantwortung. Oder will eine solche Gewerkschaft im Angesicht eines sich ankündigenden globalgeschichtlichen Umbruchs (dessen Form noch nicht klar ist und der daher auch gestaltbar sein wird) auf Tauchstation gehen, indem sie die gewaltigen ökologischen und sozialen Probleme unserer Zeit lediglich technokratisch zu lösen gedenkt?

Den AutorInnen ist schon bewusst, dass man seinen Sozialdemokratismus nicht über Nacht abschüttelt und vermutlich haben deshalb viele IG MetallInnen an diesem Punkt des Textes bereits auf Durchzug geschaltet. Aber zum einen wollen wir mit Nachdruck betonen, dass die IG Metall keine monolithische Organisation ist. Auch in ihr gibt es viele Mitglieder und Hauptamtliche, die die bedrohlichen Zeichen der Zeit erkannt haben und es wäre wichtig, dass diese grünen IG MetallInnen sich mit dem Status Quo ihrer Gewerkschaft nicht abfinden, sondern darum kämpfen, die IG Metall vom eingeschlagenen Kurs abzubringen. Zum anderen aber gibt es auch innerhalb der sozialdemokratischen Logik Möglichkeiten, wie die IG Metall ihrer Verantwortung in aufgeladenen Zeiten zumindest ein kleines Stück gerechter werden würde: Wenn sie nämlich auf vielen Veranstaltungen ihre Kompetenz als Erschließungsgewerkschaft betont – warum sucht die IG Metall ihrem Organizing neben der quantitativen Bedeutung der Mitgliedererwerbungen nicht auch einen qualitativen Zweck zu geben? Genauer: warum nicht *Green Organizing* statt nur Organizing? Ein solches Green Organizing könnte genutzt werden, um durch die entsprechende Ansprache von KollegInnen deren Ängsten vor einer ökologischen Wende zu begegnen. Es könnte dazu dienen, mit den KollegInnen ›bottom-up‹ die anstehende Transformation der Arbeitsprozesse und Technologien zu diskutieren und sie zu eigenen Ideen und Konzepten zu ermutigen, wie es die englischen Gewerkschaften in den

1970er Jahren im sog. Lucas-Plan vorgemacht haben. Ein solches Green Organizing würde der IG Metall gerade bei jungen Beschäftigten, aber auch im White-Collar-Bereich ein neues, zeitgemäßes Image verpassen und so vielleicht auch dort zu Erschließung und Mitgliederwachstum führen. Es könnte die Türen zwischen (Metall-) ArbeiterInnen und Klimabewegung weit öffnen und damit einen Lernprozess auf beiden Seiten ermöglichen, den es für eine soziale Ökologiewende unbedingt braucht. Ein solches Green Organizing könnte schließlich durch gleichzeitige Ansprachewellen vieler, über die Welt verteilter Gewerkschaften zur notwendigen Internationalisierung des Kampfes für eine lebenswerte Welt im 21. Jahrhundert dienen und womöglich helfen, ein globales, ökologisch fundiertes Klassenbewusstsein zu schaffen.

■ Eine Art der Zerstörung der IG Metall

Die aktuelle Klimadebatte, wie sie von im weitesten Sinne sozialdemokratischer Seite geführt wird, hängt, ganz in der Tradition der Sozialdemokratie, immer noch zu sehr am Tropf des Kapitals. Die transformatorischen Lösungen, die diskutiert und vorgeschlagen werden, erinnern in vielem an ähnliche Krisenbewältigungsstrategien – etwa an die Bankenrettung im Rahmen der globalen Wirtschafts- und der Eurokrise: Wir haben es mit Symptom- statt mit Ursachenbekämpfung zu tun. Es ist nicht auszuschließen, dass die angesprochene Klientel – die Mitgliedschaft der IG Metall – damit durchaus zufrieden ist, zumindest so lange, bis die ökologische Krise wieder virulent wird: eine Frage der Zeit. Und es ist ebenfalls nicht auszuschließen, dass es irgendwie weiter geht, die ökologische Zerstörung muss keineswegs ein Ende des Kapitalismus bedeuten, sondern lediglich, um erneut Elmar Altvater zu bemühen, ein ›Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen‹. Der Kapitalismus hat sich als höchst wandel- und anpassbar erwiesen, was auch schwerste Krisen betrifft. Die globale Umweltzerstörung kann dabei durchaus die Rolle der

Kapitalentwertung oder -vernichtung übernehmen, die ansonsten z.B. Weltkriege innehatten. Die alles entscheidende Frage ist allerdings, ob man Teil dieser Entwicklung sein möchte.

Wie weiter oben betont, kann auch der konsequentere Weg durchaus in Anlehnung an die Traditionen der Sozialdemokratie gegangen werden – es geht hier keineswegs um einen radikalen Bruch, sondern lediglich um konsequentere Reformen, die die akute Problematik ernst nehmen, gegen die kurzfristigen Akkumulationsinteressen und im Sinne einer sozialen Demokratie in den Betrieben, einer Wirtschaftsdemokratie, die alle Aspekte der Wirtschaft, und damit eben auch die ökologischen Fragen unserer Zeit der Drastik der Situation angemessen mitdenkt.

Beharrt die IG Metall jedoch auf dem jetzt eingeschlagenen Weg, dann ist ihre Zerstörung durchaus wahrscheinlich. Diese würde sich nicht unbedingt in sinkenden Mitgliederzahlen oder einem Schrumpfen des IG Metall-Vermögens niederschlagen, denn das alte Tarifspiel kann man unter gegebenen Umständen noch eine Weile spielen, und man kann auch darauf bauen, dass die ökologische Katastrophe in voller Härte zunächst einmal andere Regionen der Welt trifft. Aber wenn in einer Zeit, in der es auch eine ökologisch starke, weil mutige und risikobereite große Industriegewerkschaft gebraucht hätte, um die ökologische und soziale Transformation global nachhaltig zu gestalten, die IG Metall als funktionalistische, seelenlose Tarif-Maschine auftreten würde, die nur auf ihre Mitgliederentwicklung schaut, die einer überkommenen, kapitalistischen Industriepolitik anhängt, die sich auf ihr Kerngeschäft konzentriert und jedes kontroverse gesellschaftspolitische Engagement scheut – wäre das dann nicht auch eine Art Zerstörung der IG Metall?

Autorenkollektiv »Die Bewunderer des Hilarius Gilges«

Anmerkungen:

- 1 www.deutschlandfunkkultur.de/klimaschutz-und-digitaler-wandel-erst-nachdenken-dann.1008.de.html?dram:article_id=410547
- 2 www.spiegel.de/politik/ausland/eu-wahl-die-gruenen-holen-mehr-als-zwei-millionen-stimmen-von-spd-und-union-a-1269092.html

Dan Ox_Drive In_cc by nc sa 2.0



Tipps für ein gutes Betriebsklima

Hitze im Betrieb – was kann der Betriebsrat tun?

»Betriebsklima ist die subjektiv erlebte und wahrgenommene längerfristige Qualität des Zusammenwirkens, der Zusammenarbeit der Beschäftigten eines Wirtschafts- oder Verwaltungsbetriebes« definiert Wikipedia. Nicht nur, aber auch, könnte man darauf sagen. Nicht ganz unwichtig – und manchmal sogar Anlass für Arbeitskämpfe – sind auch die tatsächlichen klimatischen Bedingungen. Und die

sind beeinflussbar – zumal von Betriebsräten. Erneut dokumentieren wir einen Beitrag aus dem Blog der Berliner Firma »Recht und Arbeit«.

MetereologInnen gehen davon aus, dass auch der Sommer 2019 außergewöhnlich heiß werden könnte. Hohe Temperaturen sind am Arbeitsplatz ein Problem und können zu erheblichen Belastungen und sogar gesund-

heitlichen Beeinträchtigungen führen.

Leider versäumen ArbeitgeberInnen es oft, vorzubeugen und einzelne ArbeitnehmerInnen haben kaum Möglichkeiten Abhilfe zu schaffen. Was kann der Betriebsrat tun, um die heißen Sommerwochen für alle KollegInnen im Betrieb erträglich zu machen?

Die Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) verpflichtet den Arbeitgeber in § 3a, die Arbeitsstätten so einzurichten, dass eine Gefährdung

für die Gesundheit der Beschäftigten möglichst vermieden wird. Im Anhang der Verordnung wird in Ziffer 3.5 konkretisiert, dass sich dies auch auf die Raumtemperatur bezieht und nicht nur die Arbeits-, sondern auch die Pausenräume betrifft.

Aber was sind gesundheitlich zuträgliche Raumtemperaturen? Die gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse dazu finden sich in der Arbeitsstättenregel Nummer 3.5 (ASR 3.5). Danach sollte die Lufttemperatur 26 °C nicht überschreiten. Bei höheren Außentemperaturen sind spätestens ab 30 °C kühlende Maßnahmen anzuwenden. Bei Temperaturen über 35 °C sollte in den betroffenen Räumen nicht mehr gearbeitet werden.

Die ASR 3.5 liefert damit wichtige Anhaltspunkte, ist aber keine zwingende Vorschrift. Wichtig ist hier vor

allem, dass sich der Begriff »Raumklima« nicht nur auf die messbaren Temperaturen, sondern auch auf andere Faktoren wie Luftfeuchtigkeit, Luftgeschwindigkeit und Wärmestrahlung bezieht. Ziel muss es sein, für die Beschäftigten einen Zustand der Behaglichkeit zu erreichen, also eine Klimasituation, die als optimal empfunden wird. Jeder Betrieb ist anders: Architektur, Gestaltung und Nutzung der Räume, Maschinen und technische Geräte, die konkrete Tätigkeit, Anzahl der Beschäftigten und KundInnen und die Arbeitskleidung. Ein erster Schritt muss deswegen sein, die KollegInnen dazu zu befragen, wie sie die Klimafaktoren im Betrieb tatsächlich wahrnehmen. Auch wenn die gemessenen Temperaturen den Vorgaben entsprechen, kann es

Fortsetzung auf Seite 6 unten

Sozialismus und Grundgesetz

Gregor Kritidis* wendet die Enteignungsdebatte: Es geht nicht um Verstaatlichung, sondern um soziale Demokratie.

Pünktlich zum 70sten Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes sorgte das Interview des Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert in der *Zeit* für einen Sturm im medialen Wasserglas. Auf die Frage, ob er eine Kollektivierung von Konzernen wie BMW wolle, antwortete er kurz und bündig: »Auf demokratischem Wege, ja«. Die Brisanz dieser Aussage ergibt sich freilich weniger aus den realen Bestrebungen der abhängig Beschäftigten in den Kernsektoren der deutschen Industrie, sondern aus der mittlerweile breit geteilten Forderung nach der Enteignung von Immobilienkonzernen. Dennoch, und das zeigt den Klasseninstinkt der BMW-Aktionäre, sahen sich die Quandt-Erben dazu veranlasst, in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* zum Schutz des Eigentums aufzurufen.

Die angesichts der Wohnungskrise naheliegende Forderung nach einer Enteignung der Enteigner und Besitzmonopolisten mag für die Apologeten der kapitalistischen Welt eine Herausforderung sondergleichen darstellen – für die Ideenwelt der demokratischen Linken in Deutschland stellt sie eine, wenn auch weitgehend verdrängte und teilweise geleugnete, Selbstverständlichkeit dar, die sich positiv auf die sozialistische Gründungsphase der Bundesrepublik beziehen kann. Denn für die nach 1945 neugegründeten Parteien und Gewerkschaften waren sozialistische Konzeptionen für die Gründung eines neuen Gemeinwesens mehrheitlich eine Selbstverständlichkeit. Nicht nur SPD, KPD und Gewerkschaften, auch große Teile der CDU traten für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung ein. Die Frankfurter Leitsätze der CDU von 1946 tragen die demokratisch-sozialistische Handschrift eines durch die Erfahrung des faschistischen Terrors radikalisierten Sozialkatholizismus.

Bei der Gründung der Bundesrepublik war – übrigens in Übereinstimmung mit den Besatzungsmächten – noch bis in die Reihen bürgerlich-liberaler Kräfte gegenwärtig, dass die kapitalistische Großbourgeoisie samt ihres kleinbürgerlichen Anhangs wesentlicher Träger des NS-Regimes gewesen war und folglich ihre soziale Herrschaftsposition gebrochen werden müsse. Das Ahlener Programm der CDU von 1947 beginnt in der Konsequenz mit der Feststellung: »Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden«, um im Folgenden die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und der Großbanken zu fordern (Flechtheim 1963: 53). Diese Forderungen der CDU von 1947

enthielten die Vorstellungen des christlichen Sozialismus nur noch in abgeschwächter Form, würden sich aber aus Sicht heutiger CDU-Politiker bereits im Bereich der Verfassungsfeindlichkeit bewegen.

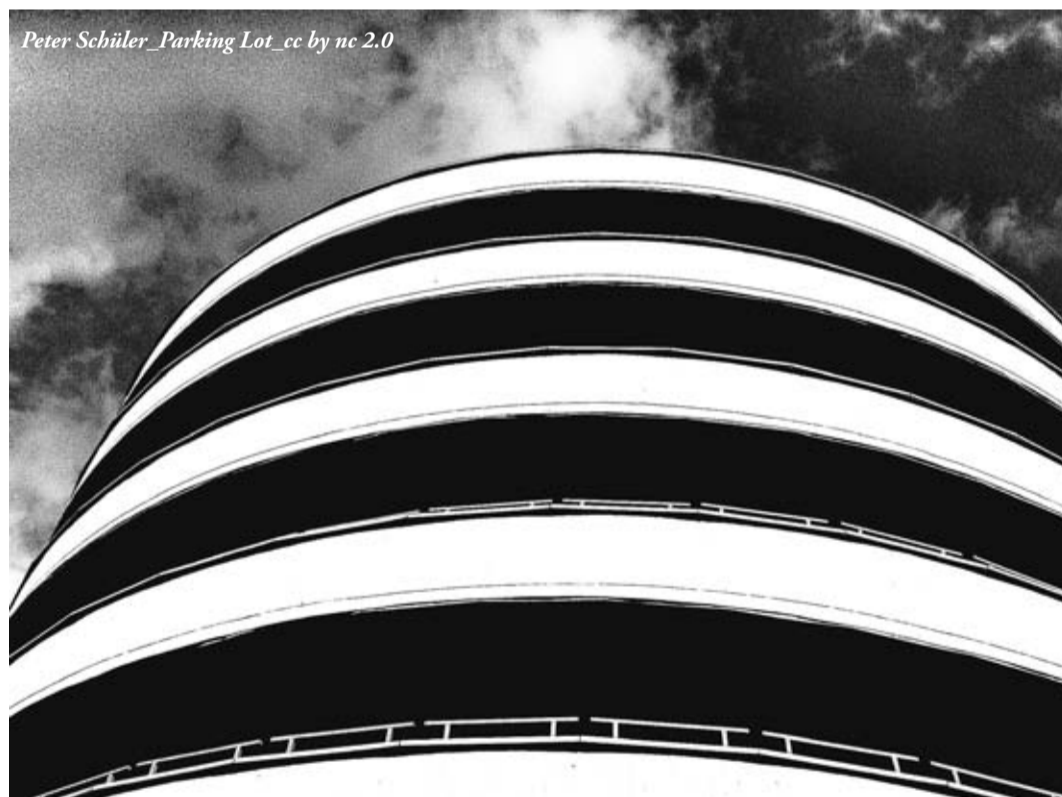
Dieser demokratisch-sozialistische Charakter der nur als Provisorium geplanten westdeutschen Staatsgründung hat vor allem in den Sozialisierungsartikeln der Länderverfassungen, aber auch in Artikel 15 sowie dem Sozialstaatsgebot im Grundgesetz (»Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat«, Art. 20 Abs. 1) seinen weithin verdrängten Niederschlag gefunden (Abendroth 2008). Erst durch die Intervention der westlichen Alliierten, die zwar eine Zerschlagung von Großkonzernen wie der IG Farben und der Deutschen Bank verfügt hatten, aus naheliegenden Gründen aber kein Interesse an einem unabhängigen demokratisch-sozialistischen Gesamtdeutschland hatten, wurde diese Entwicklung gestoppt (Schmidt 1970). Es ist bezeichnend für das Bewusstsein der Arbeiterschaft, dass die Bodenreform und die Enteignung der Großindustrie bei Volksabstimmungen in Sachsen und Thüringen breite Mehrheiten fanden. Die Sowjetunion hatte aber ebenso wenig Interesse an einer eigenständig agierenden Arbeiterbewegung wie die Westalliierten. In stiller Eintracht wurden die nach 1945 gebildeten Antifaschistischen Komitees von allen Besatzungsmächten aufgelöst. Der beginnende Kalte Krieg schuf die Grundlagen, die gesamtdeutsch orientierten sozialistischen Kräfte zurückzudrängen. Während sich in der SBZ, gestützt auf die sowjetische Besatzungsmacht, die Gruppe Ulbricht konsolidieren konnte, schuf im Westen der auch von der Sozialdemokratie geteilte Antikommunismus die Voraussetzungen für eine Rückkehr der alten Eliten in die gesellschaftlichen Machtpositionen. Bereits 1950 sprach der Linkskatholik Walter Dirks von einer Restauration der alten gesellschaftlichen Machtverhältnisse und schuf damit einen Begriff, der bis heute wie ein Stachel im Fleisch der herrschenden Geschichtsschreibung sitzt (Fröhlich 2008): Denn der Begriff der Restauration verweist indirekt auch auf eine anders mögliche Entwicklung der Republik, eine Alternative zur deutschen und europäischen Teilung in sich feindlich gegenüberstehende Blöcke (Kritidis 2008: 17).

Die Frage der Vergesellschaftung und damit verbunden die der deutschen und europäischen Einheit blieb bis Anfang der 1950er Jahre virulent. Erst mit der Niederlage der Gewerkschaften im Kampf um die Mitbestimmung 1952 wurde die Frage der Nachkriegsordnung endgültig im Sinne eines westlich orientierten, sozialstaatlich regulierten Kapitalismus entschieden.

Es ist wichtig sich zu vergegenwärtigen, dass mit der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien nicht deren Verstaatlichung gemeint war – seit den im Zuge der Novemberrevolution gebildeten Sozialisierungskommissionen behrte eine Gleichsetzung dieser Begriffe entweder auf Unkenntnis, politischer übelmeinender Absicht oder beidem. Zwar wurde in der Ideenwelt der Sozialdemokratie eine sozialistische Gesellschaft mehrheitlich von der Idee eines abstrakten, im sozialistischen Staat repräsentierten sozio-ökonomischen Gemeinwohls gedacht, und die zentral gesteuerte ökonomische Rahmenplanung galt sozialistischen respektive sozialdemokratischen Theoretikern als eine zwingende Notwendigkeit. Mit der Rätebewegung 1918/19 avancierte jedoch die Arbeitermitbestimmung neben dem Genossenschaftswesen und dem »Gas- und Wassersozialismus« der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften zur zentralen Säule sozialistischer Konzeptionen, wie etwa Fritz Naphtalis im Auftrag der Gewerkschaften entwickelte Konzeption einer »Wirtschaftsdemokratie« zeigt (Naphtali 1928). Und die von dem Marxisten Karl Korsch vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Novemberrevolution entwickelte Konzeption einer »industriellen Autonomie«,

in der er die Produktionsinteressen der ArbeiterInnen mit den Interessen der KonsumentInnen vermittelt, gehört zu den theoretisch anspruchsvollsten Versuchen, die Idee einer sozialistischen Gesellschaft auf der Höhe der Zeit zu entwickeln, in deren Zentrum nicht der Staat als Agent des »Gemeinwohls« steht (Korsch 1980: 137-134). Nicht die als staatliche Behörde verwaltete Deutsche Post, sondern der durch einen mit imperativem Mandat ausgestatteten Arbeiterrat verwaltete Großbetrieb stand seit der Novemberrevolution im Zentrum sozialistischer Konzeptionen.

In den 1950er Jahren aktualisierte der Korsch-Schüler Erich Gerlach diese Gedanken vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung und der Automatisierungsdebatte, bei der angesichts des gigantischen Produktivitätssprungs infolge der Kybernetik das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit an die Wand gemalt wurde. Die automatisierte Fabrik führe, so Gerlach, auf lange Sicht zu einer Spaltung der Arbeiterschaft: Während ein Teil der industriellen Tätigkeiten zu technisch anspruchsvollen planenden und überwachenden Aufgaben aufgewertet würde, wachse gleichzeitig die Zahl gering qualifizierter Zuarbeiten. Unter sozialistischen Vorzeichen sei die Automatisierung aber positiv zu bewerten, da sie eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit und eine Demokratisierung der industriellen Produktion sowie der Gesellschaft möglich ma-



Peter Schüller_Parking Lot_cc by nc 2.0

Fortsetz. v. »Tipps ...«, S. 5 unten

trotzdem zu subjektiven Unbehaglichkeitsgefühlen der Beschäftigten kommen. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAUA) stellt hierzu mehrere hilfreiche

Handreichungen zur Verfügung (www.baua.de).

Raumklima ist ein recht komplexes Thema. Deswegen ist es auch Teil der vom Arbeitgeber nach § 5 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) durchzuführenden Gefährdungsbeurteilung (konkretisiert in ASR V3). Der Betriebsrat hat bei der Gefährdungsbeurteilung grundsätzlich mitzubestimmen. Er sollte durchsetzen, dass alle Klimafaktoren in angemessener Weise in die Gefährdungsbeurteilung mit einbezogen werden und die Wirksamkeitsprüfung auch anhand der subjektiven Wahrnehmung der KollegInnen vorgenommen wird. Die (nicht verbindliche) Information der gesetzlichen Unfallversicherung zum Thema Raumklima (DGUV 215-510) gibt in exemplarischen Fragebögen dafür gute Hinweise. Die Gefährdungsbeurteilung kann

ergeben, dass grundlegende, bauliche Veränderungen der Arbeitsstätte erforderlich sind, um das Raumklima zu verbessern. Vielleicht sind Sonnensegel oder auch weitergehende Raumlufttechnik (RLT) einzubauen. Für die heißen Monate können in einer gesonderten Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber aber auch besondere technische, organisatorische oder personelle Maßnahmen vereinbart werden. Die Temperaturvorgaben der ASR 3.5 können als Anhaltspunkt genommen werden. Sie können für jeden Betrieb aber auch anders definiert werden. Auch sollte geregelt werden, wann und wie die Temperaturen gemessen werden. Konkrete Maßnahmen unterscheiden sich von Betrieb zu Betrieb, denn jede Betriebsstätte ist anders. Beispiele sind:

- das Aufstellen von Ventilatoren,
- Anwenden von Nachtauskühlung,
- Vermeiden von direkter Sonneneinstrahlung,
- das Ausschalten bestimmter wärmetreibender Geräte,
- Bereitstellen von Getränken zum freien Verbrauch,
- Lockern der Kleiderordnung,
- mithilfe von Klimasplitgeräten in den Pausenräumen Kühlzonen errichten und vermehrte Abkühlpausen ermöglichen oder
- Anpassen der Arbeits- und Pausenzeiten – Arbeitszeitverlagerung, sowie der Einsatz von mehr Personal.

Der Betriebsrat kann und sollte im Rahmen seines Initiativrechts beim Thema Hitze bereits aktiv werden, wenn das Thermometer nicht schon 26 °C überschritten hat. Ein Mitbestimmungsrecht besteht bereits, be-

vor feststeht, ob der Sommer wirklich so heiß wird wie vermutet. Wenn es erst mal unerträglich heiß ist, ist es meist zu spät.

Hitze am Arbeitsplatz betrifft die allermeisten Tätigkeiten und macht die Bedeutung eines nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitsschutzes für jedeN physisch erlebbar. Es ist deswegen ein guter Startpunkt für Betriebsrat und Betriebsrat, um sich intensiv mit diesem Thema auseinanderzusetzen und dafür zu kämpfen, die eigenen Arbeitsbedingungen in allen Aspekten gesundheitsgerecht zu gestalten.

Quelle: Blog von Recht und Arbeit – Basiswissen für Betriebsräte, www.b.rechtundarbeit.net, veröffentlicht am 5. Mai 2019.

CO₂
Klima-Killer BAYER

www.stichwort-bayer.de
info@stichwort-bayer.de
Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf
facebook/Coordination

STICHWORT
BAYER (kongenialität.kontext.)
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.

che. Die sozialistische Bewegung müsse auf die höher qualifizierten ArbeiterInnen als soziale Avantgarde setzen und die Freiheitspotentiale der automatisierten Fabrik für die gesamte Gesellschaft verwirklichen (Kritidis 2008: 271).

Auch wenn die Frage der Vergesellschaftung in der Offenheit, in der sie noch zu Beginn der 1950er Jahre diskutiert worden war, bald keine Rolle mehr spielte – der Gedanke der industriellen Mitbestimmung und darüber hinaus der demokratischen Partizipation inner- und außerhalb der gesellschaftlichen Institutionen blieb für die gesellschaftspolitischen Großkonflikte der Bundesrepublik prägend. Der Widerstand gegen die fordistische Fabrikdespotie und die steigenden Ansprüche der abhängig Beschäftigten führten zu einer grundlegenden Transformation des Nachkriegskapitalismus. Ende der 1960er Jahre bekam die Debatte um die Mitbestimmung in der Industrie neue Dynamik («Die Demokratie darf am Werkstor nicht enden»). Diese Konflikte fanden einen ersten Höhepunkt mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972. Eine besondere Schärfe bekamen diese Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung in der Medienwirtschaft, da die Zeitungsverlage mit Klauen und Zähnen ihre Entscheidungsbefugnisse verteidigten und allen Formen der Mitsprache der JournalistInnen («innere Pressefreiheit») kategorisch entgegentraten (Zeuner 1972).

Und an den Hochschulen wurde der Kampf um die Drittelparität (d.h. die Mitbestimmung der Studierenden neben den MitarbeiterInnen und den Professoren) 1976 durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über das niedersächsische Vorschaltgesetz gestoppt (Oertzen 2004: 384-401). Es war der Sozialdemokrat Peter von Oertzen, der als Wissenschaftsminister die Hochschulreformen maßgeblich mit vorangetrieben hatte.

Auch in der Wohnungswirtschaft gab es in den 1970er und 1980er Jahren massive Konflikte, die durch umfangreichen spekulativen Leerstand ausgelöst wurden. Wie in vielen anderen Ländern gingen betroffene soziale Gruppen zu Formen der direkten Aktion über und besetzten Häuser, die nach harten Auseinandersetzungen («Für jedes geräumte Haus 1 Mio. DM Schaden») teilweise legalisiert wurden, d.h. in den kollektiven, genossenschaftlichen Besitz der BewohnerInnen übergingen.

Aus heutiger Sicht erscheinen die sozialen Bewegungen des 20. Jahrhunderts und ihre Versuche einer umfassenden Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse wie der Spuk einer fernen Zeit. Es ist daher wenig überraschend, wenn selbst ein Sozialdemokrat wie Wolfgang Thierse ein Überschreiten des Rahmens kapitalistischer Eigentums- und Produktionsformen ablehnt und nachträglich die Politik der MSPD in der Novemberrevolution gutheißt (Thierse 2019). Das bedeutet freilich eine völlige Negation der Geschichte der Sozialdemokratie, deren programmatischer Angelpunkt jahrzehntelang eine Überwindung kapitalistischer Verhältnisse gewesen ist und deren VertreterInnen das auch immer offen propagiert haben. Soziale Demokratie, nimmt man den Begriff ernst, bedeutet zweifelsohne, die Kernbereiche der Ökonomie der kapitalistischen Verfügung zu entziehen und in demokratisch verwaltetes Gemeineigentum zu überführen.

Die drängenden sozialen und ökologischen Probleme, die mehr und mehr ins breite Bewusstsein treten und die Kritik am Kapitalismus befördern, verleihen dem Nachdenken über eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaft in eine ökologisch und sozial nachhaltige, demokratische Form der Vergesellschaftung neue Aktualität. Dass die Konzeption einer sozialistischen Gesellschaft auf

der Höhe der Zeit nur noch in ihren grundlegenden Motiven mit den Vergesellschaftungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts zu tun haben kann, liegt dabei auf der Hand. Ausgangspunkt einer jeden sozialistischen Transformation muss notwendigerweise das bisher erreichte Niveau der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte sowie der kapitalistischen Vergesellschaftung der Arbeit sein. Ohne hier auf die Problematik des Marx'schen Arbeitsbegriffs eingehen zu können, seien dazu einige Überlegungen skizziert:

1. Der Ausgangspunkt sozialistischer Konzeptionen sollten die realen sozialen Bewegungen, also die sozialen, demokratischen, ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen existierender Menschen und nicht irgendein abstraktes Allgemeinwohl oder eine über den sozialen Gruppen schwebende Vernunft sein, die a priori definiert werden könnten. Zwar stellt die Bekämpfung der ökologischen Krise ein Allgemeininteresse dar, daraus leitet sich jedoch nicht der Führungsanspruch irgendeiner sozialen oder politischen Gruppe mit Definitionshoheit über die einzuschlagenden Wege und die anzuwendenden Methoden ab.

2. Auch wenn das Ziel einer sozialistischen Transformation im Kern auf die Ökonomie der Gesellschaft zielt, so wäre es verkürzt, dabei von den vorherrschenden Vorstellungen von Ökonomie auszugehen. Die Idee und Praxis des Sozialismus lässt sich gerade nicht auf Brot- und Butterfragen eines Würstzipfel-Sozialismus reduzieren, im Gegenteil, es geht um die Umwälzungen aller gesellschaftlichen Beziehungen sowie der Beziehungen der (Welt-) Gesellschaft zu ihrer ökologischen Umwelt. Dazu gehört auch und gerade derjenige Bereich, der klassisch als »reproduktiv« und damit der industriellen Ökonomie entgegengesetzt gedacht worden ist, nämlich Familie, Erziehung und Bildung. Christel Neusüß hat mit Marx und gegen Marx gezeigt, dass unbezahlte Arbeit (und damit ökonomische Ausbeutung) insbesondere in diesem Bereich erfolgt (Neusüß 2013).

3. Zwar stellen die Nationalstaaten und die sie tragenden Interessengruppen bis auf Weiteres die maßgeblichen Akteure der Weltpolitik dar, dennoch kann der nationale Staat kein positiver Bezugspunkt emanzipatorischer Bewegungen sein. Eine sozialistische Transformation ist eine globale Aufgabe, die eine radikale Demokratisierung aller Institutionen erfordert, die dann mit Staatlichkeit im heutigen Verständnis nichts mehr zu tun haben kann. Schon gar nicht ist die Eroberung der Staatsmacht, auch nicht die mit dem Stimmzettel, der Hebel zur Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse (Buckmiller 2001). Damit hängt die Idee einer Aufhebung der (theoretisch ohnehin fragwürdigen) Trennung von Staat respektive Politik und Ökonomie zusammen – denn so wie der kapitalistische Staat auf der kapitalistischen

Sozialismus.de
Monatlich Hintergrund, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Magdalena Bernaciak: Gewerkschaften in Polen
O. König/R. Detje: 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland
Forum Gewerkschaften

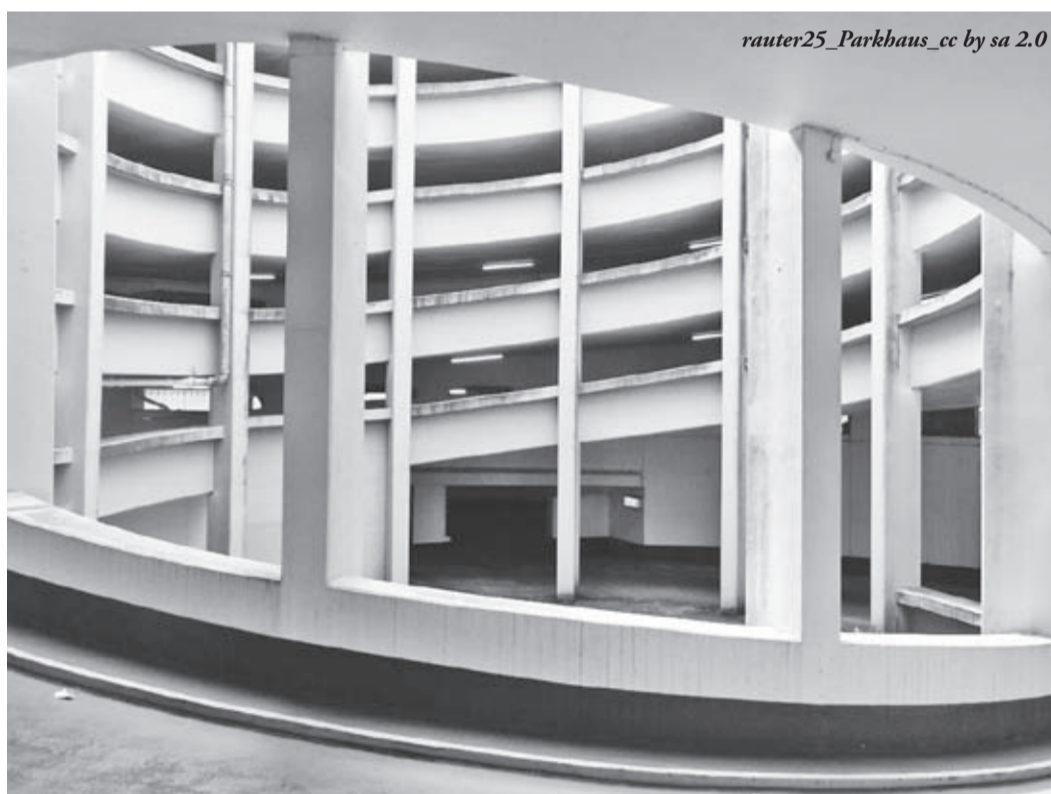
Wolfgang Müller: Wie China die Autoindustrie aufmischt | Stephan Krüger: Machtverschiebungen in Weltwirtschaft und Weltpolitik | Klaus Busch/Volker Telljohann: Krise in Italien und Konflikt mit der EU | Andreas Fisahn: Schreckgespenst Sozialisierung und Grundgesetz | Thomas Böhm: Krankenhausfinanzierung – Beginn einer neuen Ära? | Magdalena Bernaciak: Gewerkschaften in Polen | O. König/R. Detje: 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland | Supplement: Dieter Boris: Politische Kultur in Lateinamerika

Probeabo (3 Hefte): € 14,-; Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6 20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50 E-Mail: redaktion@sozialismus.de

Ökonomie basiert, garantiert der Staat umgekehrt kapitalistisches Wirtschaften.

4. Jede sozialistische Demokratisierung ökonomischer Prozesse bringt die Notwendigkeit umfangreicher, strukturierter Kommunikations- und Planungsprozesse mit sich, die das Was, Wie, Wieviel, und Womit von Produktion, Reproduktion und Verteilung zum Gegenstand haben. Historisch sind diese Planungsprozesse überwiegend als zentrale Planung gedacht worden, mit der die »Anarchie des Marktes« überwunden werden sollte. Auch wenn die Digitalisierung selbst Möglichkeiten zentraler Planung geschaffen hat, von denen die zentralen Planungskommissionen des Ostblocks nur träumen konnten, so birgt dieser Gedanke einen autoritären Kern, der von liberaler Seite stets und nicht zu Unrecht zurückgewiesen worden ist (Krätke 2003). Die heutige Vernetzung von Kommunikationsprozessen inner- und außerhalb der Produktion macht eine dezentrale, dynamische Herangehensweise zudem viel naheliegender: Bereits heute findet in Teilbereichen die kommunikative Einbindung der zukünftigen NutzerInnen in die Entwicklung von Produkten statt und hebt der Tendenz nach eine Trennung von KonsumentInnen und ProduzentInnen auf. Stefan Meretz hat diese Tendenzen in seiner Konzeption einer Commons-basierten Peer-Produktion theoretisch ausgearbeitet (Meretz 2011). In den fortgeschrittenen Kernbereichen der Ökonomie ist mit dem Siegeszug des

Fortsetzung auf Seite 8 oben



rauter25_Parkhaus_cc by sa 2.0

Antipasti

Die deutscheste Bürgerversicherung wo gibt

Wie es sich für völkische Prediger gehört, steht Führer-Anwärter Bernd Höcke in sozialpolitischen Fragen gegen die marktradikale Sturmabteilung der AfD. Unentschieden zwischen diesen Lagern ist beispielsweise die Rentenpolitik: Während die einen eine weitere Privatisierung anstreben, wollen Höcke und Co. mehr Absicherung fürs Volk und rühren dafür sozialdemokratische Konzepte in ihren unappetitlichen Brei. Die »Staatsbürgerrente« soll eine Zusatzversicherung sein, in die – Stichwort Bürgerversicherung – alle einzahlen, also auch Freiberufler, Beamtinnen und Selbständige. Anspruchsberechtigt soll aber nicht sein, wer, wie es bei der

gesetzlichen Rente gilt, bestimmte Voraussetzungen an Einzahlungsdauer und -höhe erfüllt, sondern: der Deutsche als solcher. Der Ausländer nicht. Vielleicht sollte Höcke sich mal beim Dobrindt erkundigen, was die EU von derartigen Sonderbehandlungen hält.

Streik am Amazon Prime Day

Für seine Premium-Kundschaft, die beitragszahlenden Mitglieder der Amazon-Familie, veranstaltet das Versandhaus seit 2015 den Prime Day, an dem besondere Rabatte gewährt und Dönes wie ein großes, nur per Exklusiv-Internet-Zugang zu sehendes Konzert veranstaltet werden. Der Prime Day 2019 bestand strenggenommen aus zwei Days, dem 15. und 16. Juli, und er war in mehreren Ländern auch Aktionstag für Beschäftigte, die teilweise seit Jahren für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. In Deutschland wurde laut ver.di an sie-

ben Standorten gestreikt, in den USA fanden Aktionen in New York, Seattle, San Francisco und Washington statt. Gestreikt wurde im Logistikzentrum Minnesota, Solidaritätserklärungen kamen auch von PilotInnen, die im Auftrag von Amazon am Warentransport mitwirken. Nicht bekannt ist, ob die Premium-Kundschaft beim nächsten Prime Day exklusive Streikvideos sehen kann.

Ausruhen wie in Spanien

Auf dem Höhepunkt der letzten Hitzeperiode war vom DGB eine interessante Forderung zu hören: Auch in Deutschland müssten ArbeitnehmerInnen bei hohen Temperaturen die Möglichkeit haben, eine ausgedehnte Mittagspause nach spanischem Vorbild zu machen. Unternehmen sollten geeignete Räumlichkeiten für die Siesta bereitstellen, »in denen sie auch einmal für eine Stunde die Augen schließen können«, so DGB-

Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach in einem Interview. Verkehrte Welt: Muss man dem Klimawandel nun dankbar sein dafür, dass vernünftige Pausenregelungen diskutiert werden?

Bertelsmann-Stiftung will Krankenhäuser schließen

Am 15. Juli hat die Bertelsmann-Stiftung eine Studie veröffentlicht, die mehr als die Hälfte aller Krankenhäuser in Deutschland für überflüssig erklärt – ein drastischer Konzentrationsprozess im Krankenhausbereich sei sogar notwendig, um Mängel der Versorgungsqualität und Personalengpässe beheben zu können. Vergleichbare Zahlenspiele werden von GesundheitsökonomInnen seit Jahren angestellt; auch hat die Bundesregierung mit dem Krankenhausstrukturfonds bereits einen Topf für Maßnahmen geschaffen, die dem Abbau von »Überkapazitäten« dienen sollen. Das Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik«, das u.a. von

ver.di-Gliederungen getragen wird, übt Kritik an den Modellrechnungen: Internationale Vergleiche etwa der Behandlungszahlen pro Einwohner seien wenig aussagekräftig, wenn nicht die Unterschiede in der Abgrenzung ambulanter und stationärer Strukturen berücksichtigt würden; eine geringere Klinikdichte sei in Vergleichsländern wie Dänemark weitaus unproblematischer als in Gebirgsregionen; in den Vorbild-Ländern seien zudem die Wartezeiten erheblich höher. Auch wenn die Schließung kleiner Häuser in einzelnen Fällen sinnvoll sein könne, sei eine weitere Reduzierung der Bettenzahl und eine Entscheidung nach betriebswirtschaftlichen Kriterien abzulehnen: »Es muss gelten: Ohne adäquate Alternative zur Versorgung keine Schließung einer Klinik. Wenn ein Krankenhaus notwendig, aber nicht wirtschaftlich ist, muss es trotzdem erhalten und finanziert werden.«

www.krankenhaus-statt-fabrik.de/14428

Neu erschienen: Nr. 25

RÄNKESCHMIEDE

Texte zur internationalen ArbeiterInnenbewegung

Untersuchung über die Arbeitssituation in Unternehmen mit Betrieben in Deutschland und China



Sie sind bei den gleichen Unternehmen beschäftigt, doch sie wissen wenig voneinander – das erschwert die Bildung grenzübergreifender Solidarität erheblich und erleichtert es Unternehmensführungen, Belegschaften gegeneinander auszuspielen und Konkurrenz zu schüren. Das Forum Arbeitswelten (FAW) in Deutschland und Globalization Monitor (GM) in Hong Kong / China haben eine Studie auf Deutsch und Chinesisch herausgegeben, in der ein Erfahrungs- und Informationsaustausch von Beschäftigten deutscher Unternehmen mit Produktionsstätten in China dokumentiert wird, darunter Amazon, Daimler, Metro, Alstom u.a. In dem zweijährigen Projekt haben Beschäftigte eigene Betriebsfragebögen entwickelt, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen wechselseitig untersucht und sich über die Ergebnisse ihrer »Arbeiteruntersuchungen« ausgetauscht – nicht nur, um mehr voneinander zu wissen, sondern auch, um Spaltungen zu verhindern und gemeinsame Interessen in der Auseinandersetzung mit »ihren« Unternehmen zu entwickeln. Die Broschüre schließt damit auch eine Lücke in den bisherigen Forschungen und Publikationen. Über deutsch-chinesische Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wird zwar viel geschrieben, doch nur selten aus der Perspektive der ArbeiterInnen.

Aus dem Inhalt:

- Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen
- Die allgemeine Lage deutscher Unternehmen in China
- Leiharbeit in China und Deutschland
- Amazon, Metro AG, Daimler AG – drei transnationale Großunternehmen mit Betrieben in Deutschland und China
- Fallstudien über deutsche Unternehmen mit Betrieben in Suzhou, Wuhan und im Perlfussdelta
- Austausch und Zusammenarbeit der Beschäftigten zwischen China und Deutschland
- Perspektiven transnationaler Solidarität auf Betriebssebene

Reihe Ränkeschmiede Nr. 25, Broschüre DIN A4, farbig, 76 Seiten, 5 Euro

Bezug über: express-afp@online.de oder telefonisch: 069-67 99 84

Fortsetzung von »Sozialismus...«, S. 7 oben

Computers als Universalmaschine die Handarbeit weitgehend von forschenden, planenden und entwickelnden Tätigkeiten abgelöst worden (Heins 2014). Die vielbeschworenen Gespenster der Digitalisierung sind daher schon längst da, die Spaltung des Arbeitsmarktes in hochqualifizierte forschende, überwachende und administrierende Tätigkeiten sowie entqualifizierte Dienstleistungstätigkeiten ist längst Realität. Es kommt gerade darauf an, die Möglichkeiten, die aus der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit resultieren, zu verwirklichen. Der digitale Kapitalismus ist nur als autoritärer Krisenprozess denkbar – für die Demokratisierung der Gesellschaft birgt die Digitalisierung aber ungeheure Möglichkeiten (Gorz 2004).

5. Erst die Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft hat eine Gesellschaft frei von äußeren Zwängen möglich gemacht. Waren alle früheren Gesellschaftsformationen von Hunger und Not geprägt, ist es erstmals historisch gelungen, zumindest der Möglichkeit nach alle Menschen satt zu bekommen – dass es nicht so ist, verdeutlicht den repressiven Charakter des Kapitalismus und die Notwendigkeit seiner sozialistischen Umwälzung. Erstmals in der Geschichte hat die Menschheit die Mittel zur Verfügung, ihre Gesellschaft und ihre Umwelt selbst zu gestalten – dass diese Gestaltung selbstzerstörerisches Potential entfaltet hat, liegt nicht in dieser Möglichkeit an sich begründet, sondern in den pathologischen kapitalistischen Formen, in denen die Menschen ihre Beziehungen zueinander organisieren. Hinter diesen Stand der Vergesellschaftung der Arbeit und der Entwicklung der Produktivkräfte gibt es kein Zurück.

Gerade weil die Produktivität in schwindende Höhen gestiegen ist und innerhalb kapitalistischer Verhältnisse auch jenseits kriegerischer Auseinandersetzungen ein ungeheures Zerstörungspotential entfaltet hat, gerade weil die materiellen ökologischen Grundlagen der Gesellschaft ebenso wie das individuelle Leben endlich sind, wird die weitere Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte notwendig sein, um die Mittel zur Bewältigung der ökologischen Krise und der Schaffung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft zu schaffen. Mit dem Begriff der Degrowth- oder Postwachstums-Ökonomie ist diese Transformation nur unzureichend bestimmt. Es dürfte jedoch weitgehend unstrittig sein, dass es ein »Zurück zur Natur« nicht geben kann, sondern nur ein Vorwärt in eine gestaltete, vom kapitalistischen Profit- und Wachstumszwang befreite ökologische Welt (Karathanassis 2015). Eine klassische Frage ist dabei die von Technik und Technologien, die keineswegs unabhängig von gesellschaftlichen Kontexten entwickelt worden sind. Nicht jedoch Technologien als solche stellen ein Problem dar, sondern technologische Entwicklungen unter kapitalistischen Im-

perativen. Eine postkapitalistische Gesellschaft, die sich den ökologischen, sozialen und kulturellen Anforderungen stellt, wird ihre Kräfte in völlig andere Richtungen lenken als der gegenwärtige autoritäre Kapitalismus und seine Dystopien (Harari 2017). Dass das unter anderem bedeuten wird, die großen Industrien des Fahrzeugbaus massiv zu verkleinern und eine Mobilität zu entwickeln, die auf regenerativen Energien fußt, liegt auf der Hand. Ohne eine Vergesellschaftung von BMW wird das aber kaum zu sozialverträglichen Bedingungen zu haben sein. Ein anderes Szenario liegt daher näher: Eine Zerschlagung der Automobilindustrie unter der Flagge eines digitalen, »grünen« Kapitalismus (Daum 2017).

In Zeiten, in denen die apokalyptischen Szenarien überhand nehmen, scheint es leichter zu sein, sich ein Ende der Welt als ein Ende des Kapitalismus vorzustellen. Es kommt daher darauf an, die blockierten sozialen Entwurfsphantasien freizusetzen und damit die gesellschaftlichen Energien, die notwendig sind, um eine klassenlose Gesellschaft zu erkämpfen.

* Gregor Kritidis arbeitet für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt und lebt in Magdeburg und Hannover. Er ist Mitgründer der Griechenland-Solidarität Hannover.

Literatur:

- Wolfgang Abendroth: *Gesammelte Schriften*, Bd. 2, Hannover 2008.
- Michael Buckmiller: *Gewalt und Emanzipation in der Arbeiterbewegung. Unerledigte Fragen*, in: *Loccumer Initiative kritischer WissenschaftlerInnen: Gewalt und Zivilisation in der bürgerlichen Gesellschaft. Kritische Interventionen*, Bd. 6., Hannover 2001, S. 242-257.
- Timo Dau: *Das Kapital sind wir. Zur Kritik der digitalen Ökonomie*, Hamburg 2017.
- Ossip K. Flechtheim: *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung*, Bd. 2, Erster Teil. *Programmatik der deutschen Parteien*, Berlin 1963.
- Claudia Fröhlich: *Restauration. Zur (Un-)Tauglichkeit eines Erklärungsansatzes westdeutscher Demokratiegeschichte im Kontext der Auseinandersetzung mit der*

NS-Vergangenheit, in: *Stephan Alexander Glienkel/Volker Paulmann/Joachim Perels (Hrsg.): Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus*, Göttingen 2008.

André Gorz: *Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie*, Zürich 2004.

Yuval Noah Harari: *Homo Deus. Eine Geschichte von Morgen*, München 2017.

Oliver Heins: *Maschine und Herrschaft. Materialien zur Kritik der politischen Ökonomie der Wissensgesellschaft unter besonderer Berücksichtigung des Produktionsmodells von freier Software*, Hannover 2014.

Athanasios Karathanassis: *Kapitalistische Naturverhältnisse. Begründungen einer Postwachstumsökonomie*, Hamburg 2015.

Karl Korsch: *Was ist Sozialisierung? Ein Programm des praktischen Sozialismus*, in: *Rätebewegung und Klassenkampf. Gesamtausgabe*, hrsg. und eingeleitet von Michael Buckmiller, Frankfurt 1980.

Michael Krätke: *Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus*, in: *Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftler_innen, Mut zur konkreten Utopie. Alternativen zur herrschenden Ökonomie*. Hannover 2003. S. 41-81.

Gregor Kritidis: *Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Hannover 2008.

Stefan Meretz: *Commons-basierte Peer-Produktion*, in: *SPW 1/2011*, S. 27-31. http://spw.de/data/spw_182_meretz.pdf

Ders.: *Freie Software. Keimform einer neuen Form gesellschaftlicher Produktion*, in: *Marcus Hawel/Gregor Kritidis (Hrsg.): Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt*, Hannover 2006.

Fritz Naphali: *Wirtschaftsdemokratie*. Berlin 1928.

Christel Neusüß: *Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander*, Stuttgart 2013.

Eberhard Schmidt: *Die verhinderte Neuordnung 1945-1952*, Frankfurt/M. 1970.

Wolfgang Thierse: *Gedenken an Luxemburg und Liebknecht: »Eine verlogene Ehrung«*. *Ostsee-Zeitung* v. 14.1.2019, online unter: <https://www.ostsee-zeitung.de/Nachrichten/Politik/Gedenken-an-Luxemburg-und-Liebknecht-Eine-verlogene-Ehrung>

Peter von Oertzen: *Freiheitlich Demokratische Grundordnung und das Räteystem*, in: *Ders.: Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft*, Hannover 2004.

Bodo Zeuner: *Veto gegen Augstein. Der Kampf in der Spiegel-Redaktion um Mitbestimmung*, Hamburg 1972.



Dringliches

FFF – Feminist Futures Festival

Bewegungsfestival in Essen

Vom 12. bis 15. September findet auf der Zeche Zollverein in Essen ein feministisches Festival statt, das dazu dienen soll, den Stand widerständiger Bewegung zu reflektieren. »Weltweit gewinnen radikale feministische Bewegungen an Stärke: Sie kämpfen gegen schlechte Arbeitsbedingungen und den Verkauf des Gesundheitssystems, gegen Gewalt, Rassismus und Umwelterstörung und streiten für soziale Gerechtigkeit für alle. Damit sind sie wichtige Gegnerinnen der globalen Rechten.«

Das (noch nicht veröffentlichte, aber voraussichtlich sehr umfangreiche) Programm soll fünf Themenbereiche abdecken: »Die ganze Arbeit«; Reproduktive Gerechtigkeit, Familienpolitiken und

Care; Gewaltverhältnisse und Körperpolitiken; Sozial-ökologische Transformation; Postkolonialer Feminismus und Feministische Internationale.

Im Strang zum Thema Arbeit soll es »um Arbeit in ihrer gesamten Breite und all ihren unterschiedlichen Formen« gehen: »unbezahlte wie bezahlte Arbeit, entgrenzte und erschöpfende Erwerbsarbeit, prekarierte Arbeit oder Arbeit unter ganz und gar unsicheren Bedingungen, sichtbare oder unsichtbare Sorge-Arbeit, aber auch ehrenamtliche, politische oder Subsistenz-Arbeit und, nicht zu vergessen, Erwerbslosigkeit.

Wie uns all das bis zum Umkippen beschäftigt und wo speziell Frauen und Trans-Personen dabei bleiben, soll unter eine feministische Linse kommen. Das heißt, wir wollen verschiedene Streiks und Kämpfe kennenlernen, über mögliche Bündnisse nachdenken, über Visionen zu »Arbeit« und Tätig-Sein, also auch alternative Organisationsformen

von Arbeit und Zusammenleben diskutieren. Was hat die Art und Weise, wie wir arbeiten, mit deren Organisation innerhalb des Kapitalismus zu tun? Und was mit der Teilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern? Und war es historisch eigentlich immer schon so, dass die Arbeit in Fabriken, in der Produktion eher »Männersache« ist, während Frauen sich eher um Haushalt, Kinder, Alte und Kranke kümmern, also um die »Produktion des Lebens«? Und wo bleibt eigentlich unser Recht auf Faulheit und selbst zu gestaltende Zeit? Wie sieht es mit aktuellen Beispielen gewerkschaftlicher Gegenwehr mit Arbeitsrechten und gemeinsamer Organisation aus?«

Zeit & Ort: 12. bis 15. September 2019, Zeche Zollverein, Essen

Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung, Netzwerk Care Revolution, Konzeptwerk Neue Ökonomie

Teilnahme: kostenlos; Verpflegung auf

Spendenbasis; Günstige Unterbringung über Schlafplatzbörse / Zeltplatz möglich; Kinderbetreuung wird angeboten

Kontakt: femfest@rosalux.org

Weitere Informationen & Anmeldung: www.feministfutures.de

Leserliches

Eine exzellente Situation?

Gelbwesten-Broschüre

Die Leipziger Gruppe Translib hat unter dem Titel »Une Situation Excellente?« eine lesenswerte Broschüre zu der Bewegung der Gelbwesten in Frankreich herausgegeben. Der Untertitel »Beiträge zu den Klassenauseinandersetzungen in Frankreich« weist auf den analytischen Rahmen hin. So wurden neben einer eigenen Analyse der Kämpfe auch ausgewählte Texte zur und aus der Bewegung übersetzt. Unter anderem setzt

Samuel Hayat die Proteste in Kontext zum Konzept der »moralischen Ökonomie« von E.P. Thompson, und Joshua Clover konkretisiert seine These vom Riot als die den Streik ablösende Form anhand der Gelbwesten-Proteste. Ein zentrales Anliegen ist es, den Klassencharakter der Auseinandersetzungen zu diskutieren und damit auch über Frankreich hinaus einen Ausblick auf kommende proletarische Revolten zur Debatte zu stellen. Die Antwort auf die Titelfrage fällt nur begrenzt optimistisch aus: »Die Situation ist sicherlich nicht exzellent, doch dummerweise wohl entscheidend.«

Translib Leipzig: Une Situation excellente? Beiträge zu den Klassenauseinandersetzungen in Frankreich. Leipzig 2019. Bezug gegen Versandkosten unter www.black-mosquito.org/de/une-situation-excellente-beitrage-zu-den-klassenauseinandersetzungen-in-frankreich.html

Wenn Frau will, steht alles still

Tobias Hollinger* über den Frauenstreik am 14. Juni in der Schweiz

In der Schweiz gehen die Uhren bekanntlich anders – nicht immer besonders genau, sondern manchmal auch nach. Und so fand der Schweizer Frauenstreik nicht wie andernorts zum Internationalen Frauentag am 8. März statt, sondern erst am 14. Juni – dem Jahrestag des Schweizer Frauenstreiks von 1991. Ein »Sonderweg«, der sich durchaus gelohnt hat, denn anders als in Deutschland, wo die als »Streik« ausgegebenen Proteste vom 8. März (siehe Yanira Wolf in express 1/2019 und Marianne Garneau in express 5/2019) medial kaum als solche erwähnt wurden und die Gewerkschaften nur zaghaft mitmachten, hat das Miteinander von sozialer Bewegung und Gewerkschaft in der Schweiz tatsächlich zu einem breit wahrgenommenen politischen Streik geführt. Tobias Hollinger hat die Ereignisse des Tages und darüber hinaus zusammengefasst.

Das größte Ereignis, an dem schweizerische Gewerkschaften und soziale Bewegungen dieses Jahr gemeinsam beteiligt waren, ist unbestreitbar der Frauenstreik, der landesweit am 14. Juni stattgefunden hat. Zum zweiten Mal seit 1991 haben Frauen in der Schweiz mit einem Streik für ihre Rechte demonstriert. Die größten Demonstrationen fanden in Zürich (mit 160.000 Demonstrantinnen), Basel (80.000) und Bern (70.000 Demonstrantinnen bei der Abschlusskundgebung und zusätzlich über 30.000, die an den Aktionen im Berner Umland teilnahmen) statt.

Doch nicht nur in den Großstädten gab es Kundgebungen, sondern quer durchs ganze Land verteilt. Auch in der Ostschweiz und Graubünden fanden Demonstrationen und Aktionen statt, wenn diese auch von den Medien nicht näher beleuchtet wurden. Immerhin 5.500 Demonstrantinnen waren in St. Gallen auf der Straße; es dürfte sich hier um die größte Demonstration gehandelt haben, die St. Gallen in den letzten Jahrzehnten gesehen hat. In Chur waren es über 1.200, weitere Aktionen fanden in Weinfelden in Bodensee-Nähe wie auch in Glarus statt, um nur einige zu nennen. Insgesamt kann der Erfolg an der engen Verzahnung von sozialer Bewegung und Gewerkschaftsbewegung festgemacht werden. Hierzu äußerte sich Barbara Rimml (Frauenstreikaktivistin und Mitglied der Gewerkschaft Unia) folgendermaßen:

Umstrittenes Streikrecht

Auch in der Schweiz gehen die Meinungen darüber, ob Frauen zur Durchsetzung gleichstellungspolitischer Anliegen streiken dürfen, auseinander. Das Streikrecht hat seit 1999 Verfassungsrang. Ein genauer ausbuchstabiertes Arbeitskampfgesetz gibt es nicht. Einigkeit zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften besteht noch darin, dass im Geltungsbereich eines Gesamtarbeitsvertrages (entspricht in etwa einem Tarifvertrag) die Friedenspflicht gilt – aus Sicht der Gewerkschaft VPOD (Öffentlicher Dienst) bindet sie aber nur die unterzeichnenden Organisationen und nicht jede Beschäftigte individuell. Einschränkungen sind laut VPOD nur bei Rettungsdiensten, Feuerwehr und dergleichen zulässig oder wenn die Erfüllung von Betreuungs- oder Fürsorgepflichten gefährdet ist. Die Gewerkschaft in ihrem Flugblatt: »Die Erfahrung des Frauenstreiks von 1991 hat klar gezeigt: Je mehr Frauen sich beteiligen, desto kleiner ist das Risiko.«

»Es war dieser riesige Aufmarsch, der mich beeindruckt hat. Aber auch die Vielfältigkeit, ersichtlich an den vielen selbst gemalten Plakaten mit verschiedenen Anliegen. Beeindruckt hat mich auch, dass es ein sehr generationenübergreifender Streik war – Töchter, Mütter, Großmütter – alle waren dabei. Sowohl im

mer mehr unter Druck gesetzt, mit in der Folge sehr schwierigen Arbeitsbedingungen.

Die Forderung nach mehr Respekt konnte ebenfalls an den aktuellen Diskurs im Rahmen der #metoo-Kampagne anknüpfen und wendet sich gegen Gewalt gegen Frauen, speziell im Arbeitskontext.

marcovdz_Sunset Crash 1_cc by nc nd 2.0



marcovdz_Sunset Crash 2_cc by nc nd 2.0



Streikkollektiv als auch dann am Tag selbst auf der Straße. Es war ein sehr friedlicher, euphorischer und lauter Tag.«

Innerhalb der Streikkollektive gab es eine konstruktive Zusammenarbeit, und auch schon im Vorfeld fanden medienwirksame Aktionen statt. Beispielsweise wurden am 8. März in Zürich Straßennamen geändert und so aufgezeigt, wie der Kampf um Respekt für Frauen im öffentlichen Raum geführt werden kann. Diese Aktion wurde im Rahmen des 14. Juni auch in weiteren Städten der Schweiz aufgegriffen und fortgeführt. In Basel wurden nach dem Frauenstreik zwei Kündigungen gegen am Streik beteiligte Frauen ausgesprochen, die jedoch aufgrund der landesweiten Solidarität und des Drucks der Gewerkschaften zurückgenommen werden mussten.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund brachte sich mit der Forderung »Lohn.Zeit. Respekt!« programmatisch in die Bewegung ein. Die Forderung nach Lohngleichheit dockte direkt an die Equal Pay-Bewegung an, wirkte auf einer breiten Basis mobilisierend und entsprach offenbar progressiven Tendenzen im gesellschaftlichen Diskurs. Schon im September 2018 fand in Bern eine zentrale Demonstration unter dem Hashtag #ENOUGH statt, für die über 20.000 Frauen mobilisiert werden konnten.

Die Forderung nach mehr Zeit konkretisierte sich auf dem Feld der Care-Arbeit, z.B. durch die Forderung nach einer Beendigung der Rufbereitschaft und nach mehr Zeitautonomie für Menschen in Pflegeberufen. Care-Arbeit ist bekanntlich ein Bereich, in dem vorrangig Frauen arbeiten. Zugleich ist sie, vor allem in der Alten- und Langzeitpflege, ein wichtiger Wachstumsmarkt im privaten Bereich. Der Öffentliche Dienst – in der Schweiz *Service Publique* genannt – wird hierdurch im-

Diese Rahmenforderungen bewegten sich im Rahmen aktueller gesellschaftlicher Debatten und hegemonialer Positionen und ermöglichten so eine große gesellschaftliche Anschlussfähigkeit. Die Gewerkschaften konnten über ihre klassische Klientel hinaus auch Frauen in gewerkschaftsfernen Milieus ansprechen. Dies ermöglichte dem SGB sowie den Teilgewerkschaften, auf breiter Basis zu mobilisieren. Gerade der Gewerkschaft Unia kam hier eine besondere Bedeutung zu. Die Gewerkschaft, die den Tertiärsektor, die Industrie sowie Bau und Gewerbe betreut, ist mit knapp 200.000 Mitgliedern die größte Gewerkschaft der Schweiz und betreut zudem mit dem Dienstleistungssektor auch das Gros der betroffenen Frauen.

Es zeigt sich also, dass im Gegensatz zu Deutschland die Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz den 8. März und die globalen Frauenstreik-Diskussionen nicht als eine lästige Pflichtübung sah, sondern als eine Möglichkeit, in der Breite zu mobilisieren. Dieses Potential konnte dann genutzt werden, um den Frauenstreik am 14. Juni als Großereignis des Jahres aufzubauen und so den Forderungen mehr Gewicht zu verleihen. Gerade von gewerkschaftlicher Seite ist es gewünscht, dass entstandene Netzwerke erhalten bleiben und so themenbezogen und kontinuierlich weiter

zusammengearbeitet werden kann. Dies betrifft z.B. auch die Kooperation mit autonomen Frauengruppen, die ein Manifest mit deutlich weitergehenden Forderungen verfasst hatten. Die »Systemfrage« wird hier auch wegen der »systemimmanenten« Aufrechterhaltung des Patriarchats gestellt.

Die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit und die Ausweitung des gewerkschaftlichen Aktionsfeldes bleiben auch in Zukunft interessant. Hierbei dürfte vor allem die Erhaltung der Netzwerke und Gruppen die größte Herausforderung sein, da diese konzeptionell auf die Durchführung des Frauenstreiks ausgerichtet waren.

Die Beteiligung der Gewerkschaftsbewegung scheint bis jetzt eine Erfolgsgeschichte zu sein. Die Gewerkschaften konnten ihre Themen gut positionieren und haben sich produktiv in die programmatische und praktische Umsetzung des Frauenstreiks eingebracht. Hierdurch war es möglich, dass soziale Bewegung und Gewerkschaften gegenseitig voneinander profitierten. Die Gewerkschaft gewann durch die flexible Herangehensweise und medienwirksame Inszenierung der sozialen Bewegung, während die soziale Bewegung durch professionelle Organisationen unterstützt wurde. Formell unorganisierte Frauen wurden mit Milizerinnen (Ehrenamtliche i.d. Schweiz, Anm. d. Redaktion) und Hauptamtlichen in den Gewerkschaften verzahnt aktiv. Es stellten sich viele Gemeinsamkeiten heraus und so kann man einer weiteren Zusammenarbeit eine gute Prognose stellen. Dazu beigetragen hat sicher auch, dass von Anfang an darauf geachtet wurde, dass in den Frauenstreikkollektiven die Frauen aller Organisationen, ob formell oder informell, gleichberechtigt miteinander gearbeitet und gestritten haben. Dies sollte grundsätzliche Machtgefälle zwischen autonomen Frauengruppen und professionellem, gewerkschaftlichen Apparat verhindern. Selbstverständlich gab es hier schon rein strukturell und von den unterschiedlichen Arbeitsweisen her Reibungspunkte, die im Nachgang noch näher betrachtet und analysiert werden müssen. Doch dieser Ansatz und die gemeinsame Arbeit trugen – schon das Ergebnis der Mobilisierung spricht hierbei Bände. Barbara Rimml hält fest: »Eine Stärke dieser Streikbewegung fand ich, dass alles so offen und horizontal war und es viel Platz hatte – es gab kein zentralistisches Streikkomitee, das von oben herab irgendwelche Dinge durchgab, sondern es war ein sehr kreativer Prozess, den wir hier in der Region so gestalteten, wie wir es selbst wollten. Ich fand es positiv, dass die Gewerkschaften diesem Prozess Raum ließen, ihn mitgestalteten und sich am Tag selbst mit ihren Fahnen und seriell hergestellten Transparenten zurückhielten.«

Es kann konstatiert werden, dass der Frauenstreik für die soziale Bewegung der Schweiz ebenso wie für die Gewerkschaftsbewegung einen immensen Erfolg darstellt, der aber nur ein Startschuss gewesen sein kann. Dies bedeutet, dass dieser Kampf verstärkt in die Gesellschaft und vor allem in die Betriebe getragen werden muss.

* Tobias Hollinger ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Trainee in der Unia-Region Ostschweiz-Graubünden.

DIE ROTE HILFE
Schwerpunkt der Ausgabe 2/2019: Oury Jalloh – das war Mord! Vertuschung, Widerstand, Repression

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Abonnieren:
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Mitgliedwerden & Info:
info@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

Prolls gegen Ökos?

Die Medien instrumentalisieren Bergleute, um den Green New Deal zu attackieren – und ignorieren ihren Kampf für eine Rente – Von Sarah Lazare*

Wir kennen das, was die US-amerikanische Journalistin Sarah Lazare im Folgenden beschreibt, zur Genüge, vor allem in den Diskussionen um die Kohlereviere, den Hambacher Forst, Ende Gelände! usw.: Auf der einen Seite stünden die Öko-AktivistInnen, auf der anderen die gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen, die – vor allem wegen der Arbeitsplätze – ein gegenläufiges Interesse hätten. Aber stimmt dieses Bild? Sarah Lazare spricht von einer Instrumentalisierung gegen Umweltpolitik bzw. konkret den »Green New Deal«. Vielleicht macht sich auch hierzulande mal jemand die Mühe, die Medienberichterstattung dahingehend zu analysieren... der express nimmt entsprechende Manuskripte dankend entgegen!

Um die schlimmsten Folgen der Klimakrise abzuwenden, müssten mindestens 80 Prozent der Kohlereserven in der Erde bleiben, besagt eine konservative Schätzung der Zeitschrift *Nature*. Das bedeutet, dass die Bergleute in der Kohleförderung ihre Branche vollständig verschwinden sehen werden. Die Resolution für einen Green New Deal, die von den Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez (Repräsentantenhaus) und Ed Markey (Senat) vorgelegt wurde und die die gesamte Ökonomie zur Bekämpfung der Klimakrise mobilisieren soll, verlangt einen »gerechten Übergang«, der gute Arbeitsplätze für Bergleute garantiert. Manche bestehen darauf, dass dieser gerechte Übergang schon jetzt beginnt, daher unterstützen sie den *American Miners Act*.

Der Gesetzentwurf, der dem Senat am 3. Januar vorgelegt wurde, schützt die Renten von über 100.000 Bergleuten, deren Pensionsfonds in der Finanzkrise 2008 dezimiert wurde. Er rettet darüber hinaus die Krankenversicherungsleistungen von Bergleuten, deren Unternehmen im vergangenen Jahr pleitegegangen sind.

Über diesen Gesetzentwurf oder begleitende Initiativen im Repräsentantenhaus erfährt allerdings nichts, wer die *New York Times*, die *Washington Post* oder *Politico*, drei einflussreiche Veröffentlichungen im politischen Establishment, liest. Keine von ihnen hat über diese Initiativen berichtet oder sie auch nur erwähnt, seit sie Anfang Januar vorgelegt wurden, obwohl sie von der Gewerk-

schaft *United Mine Workers of America* (UMWA) und profilierten UnterstützerInnen wie Bernie Sanders, Elizabeth Warren und Ocasio-Cortez mitgetragen wird.

Die genannten Veröffentlichungen haben allerdings den Bergleuten und ihren Gewerkschaften beachtlichen Platz eingeräumt, um andere Erzählungen zu verbreiten. In den vier Monaten vom 25. Februar bis 25. Juni haben die drei Zeitungen 34 Artikel und Meinungsbeiträge veröffentlicht, die Bergleute und ihre Gewerkschaften thematisieren. Zusammenfassend zeichnen sie Bergleute als eine Quelle von Wählerstimmen und unterstellen, dass die einzige politische Motivation dieses Blocks ist, sich einer Umweltpolitik in den Weg zu stellen, die zur Schließung von Bergwerken führt.

Sieben dieser Texte behandeln den Niedergang der Kohlebranche oder die jüngsten Unternehmensfusionen, ohne den *American Miners Act* zu erwähnen. Sieben weitere behandeln Versuche der Demokraten, sich den Kohle-Bergleuten anzunähern. Einer erwähnt steigende Suizidraten unter Bergleuten im mittleren Westen, einer beinhaltet einen knappen Hinweis auf einen Bergarbeiterstreik vor mehr als einem Jahrhundert. Lediglich einer rückt die heutigen Anliegen der Bergleute bezüglich ihrer Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt: ein Artikel über Quarzstaub als Ursache einer neuerlichen Häufung von Staublungen-Erkrankungen, der von Reuters erstellt und von der *New York Times* nachgedruckt wurde. Und nur einer diskutiert, wie der Green New Deal Bergleute unterstützen könnte.

Die mit Abstand häufigste Referenz war die Darstellung von Bergleuten als konservative Wählerschaft. Diese insgesamt 16 Texte setzen entweder die Lebensbedingungen von Bergleuten gegen entschiedene Klimapolitik, stellen die Unterstützung regressiver Politiken, zum Beispiel von Deregulierungen in der Umweltpolitik, durch die Bergleute dar, oder zeigen Bergarbeiter, die Trump unterstützen. Wenn Bergleute sich gegen progressive Politik, insbesondere gegen Umweltpolitik aussprechen, wird ihnen wahrscheinlich eine Plattform geboten. Wenn sie Forderungen aufstellen, die ihr tägliches Überleben betreffen, stehen sie allein da.

Politico und *Washington Post* haben der Opposition von Bergleuten und Gewerkschaften gegen den Green New Deal mit drei entsprechenden Artikeln erheblichen Raum gegeben. Im Gegensatz dazu argumentierte nur ein 855-Wörter-Kommentar in der *Washington Post* für eine Unterstützung des Green New Deal durch Bergleute.

Übersehene blau-grüne Allianzen

Bei den Green New Deal-Artikeln lohnt sich ein genauerer Blick, denn sie etablieren das Bild einer unüberwindlichen Trennung zwischen elitären KlimaaktivistInnen und ArbeiterInnen, die nur irgendwie über die Runden kommen wollen. Am 12. März brachte die *Washington Post* die Schlagzeile »AFL-CIO kritisiert den Green New Deal und nennt ihn »weder erreichbar noch realistisch.« Im Mittelpunkt des Beitrags stand ein gemeinsamer Brief des Vorsitzenden der *United Mine Workers of America*, Cecil Roberts, und des Vorsitzenden der *International Brotherhood of Electrical Workers*, Lonnie Stephenson, im Namen des Energiekomitees der AFL-CIO (Dachverband der US-Gewerkschaften, Anm. d. Ü.), der sich gegen den Green New Deal wandte.

Als Roberts allerdings am 8. Mai beim Capitol Hill demonstrierte, um auf die existentielle Bedrohung für die Lebensumstände verrenteter Bergleute aufmerksam zu machen, war die *Washington Post* still. Gemeinsam mit der *Alliance of Retired Americans*, der *Association of Flight Attendants* und mehreren Mitgliedern des Kongresses trat Roberts leidenschaftlich für die oben erwähnte Vorlage, den *American Miners Act* ein. Der *American Miners Act* würde für einen Finanztransfer in die Rentenkasse der UMWA sorgen, ein Segen für ArbeiterInnen, deren Sozialleistungen durch die große Rezession bedroht wurden. »Wir haben nichts von dem Geld gesehen, das Ihr an

die Wall Street geschickt habt. Denen habt ihr aus der Patsche geholfen«, rief Roberts vom Podium. »Was ist mit den Leuten in Amerika, die für ihr Überleben arbeiten? Was ist mit denen, die Amerika ihre Gesundheit geopfert haben?«

Die Pressekonferenz hätte auch Gelegenheit geboten, über Allianzen zwischen Bergleuten und VerfechterInnen des Green New Deal zu berichten. Tatsächlich sprach Sara Nelson, Vorsitzende der Flugbegleitergewerkschaft AFA und entschiedene Unterstützerin des Green New Deal, bei der Pressekonferenz. »FlugbegleiterInnen sind hier, zusammen mit den Bergleuten, um sicherzustellen, dass Krankenversicherung und Rente der Bergleute geschützt werden«, sagte sie. »Die haben sie verdient.«

In einem Interview mit *In These Times* im Mai betonte Nelson die Notwendigkeit einer breiten Unterstützung für das Gesetz. »Wir müssen Druck machen für eine Gesetzgebung, die Amerikas Versprechen von Rente und Gesundheitsversorgung an die Bergleute einlöst«, sagte sie, »und sich außerdem der Staublunge annimmt – es ist das absolute Minimum für ein Zeichen des guten Willens, dass dieser Prozess der Bekämpfung des Klimawandels eine Verbesserung des Lebens der Bergleute bringen wird und keine Verschlechterung.«

Während Gewerkschaftsbewegung und KlimaaktivistInnen sich mit der schwierigen Frage herumschlagen, wie ein Übergang weg von einer Ökonomie der fossilen Brennstoffe aussehen kann, der die ArbeiterInnen nicht

Jasperdo_Sky Drive In Theater_cc by nc nd 2.0



Amazon: Warum ich aktiv werde

Bericht von Terry Miller*, Lagerarbeiter in Chicago

Begleitend zu den aktuellen Protestaktionen bei Amazon veröffentlichte die US-amerikanische Zeitung *Labor Notes* diesen Erfahrungsbericht. Die Redaktion schreibt einleitend: LagerarbeiterInnen und TechnikerInnen im ganzen Land sind während der jährlichen »Prime Day«-Rabattschlacht des Unternehmens am 15. und 16. Juli in Aktion getreten, in Minnesota sogar in den Streik.

Hier beschreibt ein Lagerarbeiter aus Chicago seine Arbeitsbedingungen. 30 MitarbeiterInnen aus der dortigen Nachtschicht haben am Morgen des 16. Juli gemeinsam ihren Vorgesetzten aufgesucht, um Klimaanlagen, Krankenversicherung und Zulagen am Prime Day zu fordern.

Meine Arbeit im Amazon-Lager namens Delivery Station DCH 1 (zwischen den Stadtteilen Little Village und Pilsen in Chicago gelegen) ist eine Erfahrung absoluter Respektlosigkeit und völliger Missachtung unserer Gesundheit und unserer Menschenwürde. Krisen sind die Regel. In meiner zweiten Arbeitswoche ist eine Frau wegen Dehydrierung in Ohnmacht gefallen. Der Bereichsleiter kam nicht einmal von seiner Plattform herunter, als ihr von den

NotfallsanitäterInnen in den Krankenwagen geholfen wurde.

Monatelang gab es an den meisten Tagen kein Wasser in den Kühlschränken. Die Wasserspender waren regelmäßig leer und immer dreckig (diese Sätze stehen in der Vergangenheit, weil der Autor und andere ArbeiterInnen in dem Lager eine Petition organisiert haben, die den Arbeitgeber dazu brachte, für eine beständigere Wasserversorgung zu sorgen, d. Hrsg.). Im unglaublich heißen und stickigen Hauptarbeitsbereich gibt es nach wie vor keine Klimaanlage. Wir werden zu einem derart hohen Arbeitstempo angehalten, dass wir beim Versuch, mitzuhalten unsere Knie und Rücken kaputt machen. In meiner dritten Woche entlud ich zusammen mit einem Kollegen einen LKW. »Wir müssen

schnell machen, oder sie schreien uns an«, sagte er, als er an einem gut zwei Meter hohen Stapel mit vollen Paketen zog.

Die Mauer aus Kisten kam zu Fall, und ein Paket mit dem Aufkleber »Schwer« traf ihn in der Leistengegend. Er kippte für einige Sekunden um, stand dann wieder auf und hinkte rüber, um trotz seiner Schmerzen weiter Pakete zu bewegen.

Die sanitären Anlagen sind unzureichend und waren ständig außer Betrieb, was uns dazu zwang, mobile Toiletten zu benutzen, als würden wir acht Stunden am Tag bei einem Open Air-Konzert arbeiten. Und erst nachdem im Juni ein Feuer ausgebrochen war, merkte das Management, dass die meisten ArbeiterInnen in unserem Lager nie an einer Feuer-schutzübung teilgenommen oder

einfach zurücklässt, bleiben große Medien in einer reduktionistischen Trennung von »Elite gegen Produktionsarbeiter« gefangen. In *These Times*-Autorin Michelle Chen wies darauf hin, dass diese falsche Dichotomie einen *Politico*-Artikel mit dem Titel »Wut der Arbeiter über Green New Deal empfängt Präsidentschaftsanwärter in Kalifornien« vom 1. Juni durchzieht. In dem Text wird Jack Pitney zitiert, der als »Veteran der Politikanalyse in Kalifornien und Professor der Politikwissenschaft am Claremont McKenna College« vorgestellt wird.

Er spricht von einem »warnenden Beispiel« für die Demokraten, die sich erinnern sollten, dass »West Virginia bis ins Jahr 2000 als tiefblau galt« (also als Bundesstaat mit demokratischer Mehrheit, d. Ü.). Doch dann nutzte der republikanische Wahlkampfstrategie Karl Rove, der für den Kandidaten George W. Bush arbeitete, die Tatsache, »dass die Demokraten Al Gore als Kandidat aufgestellt hatten, also den Autor des Buches ›Wege zum Gleichgewicht« – eine Tatsache, die nicht gut zu Bergleuten passe, wie Pitney uns erinnert.

Der Beitrag zitiert ungenannt bleibende Bergleute als Warnung an die Demokraten: Wenn ihr mit dem Green New Deal Wahlkampf macht, werdet ihr die Wahlen verlieren. Aber die Realität ist nicht so schlicht. Es trifft zwar zu, dass Gewerkschaftsführungen im Bau- und Bergbaugewerbe Kritik oder deutliche Opposition gegen den Green New Deal zum Ausdruck gebracht haben, doch repräsentieren sie weder die Gesamtheit der Gewerkschaftsbewegung noch alle ihre Mitglieder an der Basis. Stanley Sturgill, Bergmann in Rente, sagte zu mir beim People's Climate March 2014: »Ich habe 41 Jahre unter Tage gearbeitet und ich habe eine Staublunge. Es fällt mir ehrlich gesagt schwer zu atmen, um zu dieser Bühne zu kommen. Ich demonstriere heute, weil ich eine große Zukunft für meine Familie, für Appalachia und für diese Welt will. Ich habe die Vision einer Welt, in der meine Kin-

der, Enkel und Urenkel gute Arbeitsplätze haben können, um ihre Familien zu ernähren und ohne Wasser, Luft, Land oder Klima zu schaden.«

Tatsächlich kam eine Umfrage des Think Tanks Data for Progress im Juni zu dem Ergebnis, dass »Gewerkschaftsmitgliedschaft einer der Faktoren ist, die am deutlichsten mit der Unterstützung der Green New Deal-Politik und ihrer zugrundeliegenden Deutungsmuster korrelieren.«

Manche Gewerkschaften, lokale Gliederungen und Bündnisse haben ihre Unterstützung deutlich gemacht, darunter die *Service Employees International Union* (SEIU), der Gewerkschaftsrat der südkalifornischen Counties San Diego und Imperial, die AFL-CIO von Maine und die *Los Angeles Federation of Labor*. Gewerkschafts- und Klimagruppen haben zusammengearbeitet, um einen Meilenstein der Klimagesetzgebung durch die Legislative New Yorks zu bringen, teilweise dank der Unterstützung durch die *New York State Amalgamated Transit Union*, das *Teamsters Joint Council 16* und das Local 1108 der *Communication Workers of America*. Umwelt- und Gewerkschaftsgruppen haben lange versucht, bewegungsübergreifendes Vertrauen und Solidarität aufzubauen, Jahre bevor der Green New Deal eingebracht wurde.

Die *Black Mesa Water Coalition* zum Beispiel hat in Arizona lange an der Organisation von Unterstützung in Bergarbeitergemeinden für einen gerechten Abschied von der Kohle gearbeitet. Die Gruppe *Kentuckians for the Commonwealth* organisiert Bergleute und ihr Umfeld, einschließlich derer mit Staublunge, um sich gegen die Förderung fossiler Brennstoffe einzusetzen, basierend auf der Opposition gegen den Klimawandel und gegen die gesundheitszerstörenden Auswirkungen des Kohlebergbaus. Die Organisation spricht seit mindestens einem Jahrzehnt über die Notwendigkeit eines gerechten Übergangs. Und das heißt, dass den Bergbauregionen ein Teil

der Anerkennung dafür gebührt, dieses Konzept voranzubringen. In den ehemaligen Bergarbeitersiedlungen Lynch und Benham unterstützt die Organisation BewohnerInnen dabei, Vorstellungen eines gerechten Übergangs zu erneuerbarer Energieerzeugung zu entwickeln und dafür zu kämpfen, indem sie etwa gegen die Abtragung von Bergspitzen protestieren oder Häuser dämmen.

Aber die wahrscheinlich eklatanteste Lücke in dem *Politico*-Artikel vom 1. Juni ist die Unfähigkeit, die Interessen abzuwägen. Ob man einen Green New Deal unterstützt oder nicht, ist keine Frage der politischen Strategie zur Gewinnung von WählerInnen oder gewerkschaftlicher Unterstützung bar jedes Kontextes. In dem IPCC-Report der Vereinten Nationen, der im Oktober veröffentlicht wurde, wird geschätzt, dass wir noch zwölf Jahre haben, um die Klimaerwärmung unter der 1,5 Grad-Marke zu halten und so hunderte Millionen Menschen vor fürchterlicher Umweltzerstörung, Armut und Tod zu retten. Diese Krise trifft arme und arbeitende Menschen am härtesten, insbesondere jene im globalen Süden, die bereits sehen können, wie ihre Gesellschaften durch sich verstärkende Stürme, Trockenheit und den Anstieg des Meeresspiegels enturzelt werden. Bergleute, die bei der gefährlichen Förderung fossiler Brennstoffe vorne dabei sind, sind davon nicht ausgenommen.

Zwar betont ein Artikel in der *Washington Post* vom 7. Mai die Dringlichkeit der Klimakrise, bevor er die Sorge formuliert, dass sie »Kohle-Bergleute den Arbeitsplatz kosten« könnte. Erwähnenswert ist auch der Kommentar aus der *Washington Post* vom 19. April, der den Green New Deal gegen Kritiker wie den Republikaner Garland »Andy« Barr verteidigt, der Ocasio-Cortez als Mitverfasserin der Resolution herausgefordert hatte, in seinen Wahlkreis zu kommen.

»Der Green New Deal behandelt besonders die Notwendigkeit der Unterstützung von Menschen in Regionen, die von der Abkehr von fossilen Brennstoffen betroffen sein werden«, stellt der Artikel fest. »Er fordert zur Lenkung von Investitionen in deindustrialisierte Regionen auf, die anderenfalls mit dem Übergang weg von den Treibhausgas-intensiven Branchen ihre Schwierigkeiten haben dürften.«

Der 855-Wörter-Kommentar dürfte allerdings wenig dazu beitragen, die Erzählung von den konservativen, anti-ökologischen Kohle-Bergleuten auszugleichen, die in vielen anderen Texten bestärkt wird. Dieser einseitige Blick trägt zu dem Eindruck bei, dass die Kluft zwischen Bergleuten und KlimaaktivistInnen unmöglich zu überbrücken sei.

»Bergleute sind hier nicht der Feind; ich glaube, dass die Presse sie so darstellt«, sagt Joe Uehlein, der Vorsitzende des *Labor Network for Sustainability*, einem Bündnis aus Gewerkschafts- und Umwelgruppen. »Aber sie sind es nicht. Sie sind potentielle Verbündete, wenn wir unseren Hirnschmalz auf einen tatsächlich umfassenden ›gerechten Übergang‹ verwenden und dafür kämpfen.«

DIE SINNE SCHÄRFEN. JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis



Seit langem kommen Flüchtlinge aus dem Iran: Sie flohen vor dem Schah, sie fliehen vor der religiösen Diktatur. Wie geht es mit dem Iran weiter?

Iran
Magazin Verlag, 2017, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Um diese Transformation zu erreichen, wird es eine nuancierte Darstellung und Respekt gegenüber den Bergleuten brauchen, die unter ausgetrockneten Pensionsfonds leiden. Etwas, wovon einflussreiche Medien durchaus mehr vertragen könnten.

Übersetzung: Stefan Schoppengerd

* Sarah Lazare ist Online-Redakteurin bei *In These Times* (inthesetimes.com). Dort ist der Text unter dem Titel »The Media uses Coal Miners to attack the Green New Deal – Then Ignores Their Pension Fight« erschienen.



Thomas Hawk_Drive In Nights_cc by nc 2.0

auch nur Anweisungen bekommen hatten, was im Brandfall zu tun ist.

Durstig und ignoriert

»Wir sind ihnen egal«, sagte meine Kollegin (nennen wir sie Ida), während sie mir gegenüber Pakete vom Transportband zog. Ich hatte gerade zum zweiten Mal um Wasser gebeten, während ich an einer Position arbeitete, die ich nicht verlassen durfte – und mich sehr schnell bewegen musste, um alle mir zugewiesenen Pakete zu erwischen, die in einem endlosen Strom über das Band kamen. Es war heiß, und ich hatte Durst. Ich hatte vor über einer Stunde um Wasser gebeten. Die Schichtführerin hatte gesagt, sie würde sich darum kümmern, tat es aber nicht. »Aber ich frage doch nur nach Was-

ser«, sagte ich. »Du hörst mir nicht zu«, sagte Ida. »Wir sind ihnen egal.« Ida arbeitet seit fast zwei Jahren in dem Lager, länger als nahezu alle anderen, die noch da sind. Ich war kaum drei Monate dabei – aber von den 20 Leuten, die mit mir zusammen eingestellt wurden, waren weniger als fünf übrig geblieben.

Der »Aufsichts«-Effekt

Ida hatte recht. Ich hatte das schon an meinem zweiten Arbeitstag gesehen. Ich war für das Sortieren von Paketen zwischen engen Regalreihen eingeteilt, die »Zellen« genannt werden. Ich war für gerade einmal fünf Minuten in der Zelle und damit beschäftigt herauszufinden, wie meine Ausrüstung funktioniert, als sich eine Stimme aus einem Funkgerät näher-

te. »Zwei Zellen weiter ist jemand, der nicht arbeitet.« Eine Vorgesetzte steckte ihren Kopf in meine Zelle und fragte, was nicht stimme. Ich sagte ihr, dass meine Ausrüstung kaputt ist. Das Funkgerät knisterte wieder: »Werden sie 250 Pakete in der Stunde scannen? Keine Ausreden mehr. Sieh zu, dass du sie wieder an die Arbeit kriegst.« Das ist eine übliche Reaktion von Vorgesetzten, wenn sie an unserer Arbeit etwas auszusetzen haben. In der Regel bieten sie keine Hilfestellung oder sinnvolle Lösungen – sie schreien uns einfach an, wir sollten schneller und härter arbeiten.

Während ich die Zelle verließ, um mir funktionsfähige Ausrüstung zu besorgen, schaute ich nach oben und sah, wo die Stimme im Funkgerät

herkam: von einer zehn Meter in die Höhe gefahrenen Plattform, auf der ein Aufseher mit Überblick über die gesamte Lagerhausfläche stand, der die Führungskräfte unten per Funk anwies, uns anzuschreien, damit wir schneller arbeiten. Der Eindruck vom »Plantagenaufseher« wird noch dadurch verstärkt, dass 90 Prozent der ArbeiterInnen in diesem Lager Schwarze oder Latinos sind, während das Management mehrheitlich weiß ist.

Wir ArbeiterInnen sind diejenigen, die dieses Lager am Laufen halten und dafür sorgen, dass all die Amazon-KundInnen ihre Pakete in zwei Tagen oder schneller bekommen. Wir wissen, was wir brauchen, um diese Arbeit in Würde und ohne uns selbst zu verletzen zu machen, und wir wissen was uns zusteht.

Amazon versucht, uns mit einer gelegentlichen Pizza-Party, mit Süßigkeiten, Eis am Stiel, Gutscheinen, die nur für Klamotten mit Amazon-Logo verwendet werden können, kleinen Preiswettkämpfen und pubertären Posen wie dem »Trag verrückte Socken-Tag« zu beschwichtigen. Aber wir sind keine Kinder, die sich mit symbolischen Preisen und Aktionen manipulieren lassen. Wir haben unsere eigenen Kinder zu ernähren und Rechnungen zu zahlen.

Übersetzung: Stefan Schoppengerd

* Terry Miller ist das Pseudonym eines Arbeiters im Amazon-Lager DCH1 in Chicago. Er verschweigt seinen richtigen Namen aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen des Managements.

Quelle: www.labornotes.org/2019/07/ama-zon-warehouse-worker-why-im-taking-action

Wie streiken gegen Outsourcing und Befristungen?

Ein Veranstaltungsbericht von Vera Musmann*

Wie streiken gegen Outsourcing und Befristungen? Wie ist die Rechtsprechung und wie erreichen wir eine Ausweitung des Streikrechts? Um diese Fragen zu diskutieren, organisierte die Berliner »Kampagne gegen Outsourcing & Befristungen« am 08.06.2019 eine Veranstaltung in der MedienGalerie im traditionsreichen Haus des Buchdruckers.

Neben dem Rechtsanwalt Benedikt Hopmann waren die Betriebsräte Mario Kunze (Vivantes Service GmbH), Daniel Turek (Charite Facility Management) sowie Raphael Kamps (Wombat's City Hostel) und Charlotte Ruga vom Frauenstreik München eingeladen.

Im ersten Teil gab Benedikt Hopmann mit einem sehr detaillierten Vortrag einen Überblick über das herrschende Streikrecht in der BRD. Die Entwicklung des Streikrechts ist ein »elendes Kapitel deutscher Nachkriegsrechtsprechung«, so Benedikt Hopmann. Die Einschränkung des Streikrechts wurde in den 50er Jahren durch ein Gutachten des Juristen Hans Carl Nipperdey entschieden. Nipperdey hatte bereits die Anpassung des Arbeitsrechts an den Nationalsozialismus betrieben. Als Präsident des Bundesarbeitsgericht entschied er 1955: »Arbeitskämpfe sind im Allgemeinen unerwünscht, da sie volkswirtschaftliche Schäden verursachen« (BAG v. 28.1.1955, Az.: GS 1/54). Das im Grundgesetz definierte Streikrecht der Gewerkschaften müsse beschränkt werden. Es müsse als Ultima Ratio, also als letztes Mittel begriffen werden.

Vor dem Hintergrund des KPD-Verbots in den 1950ern und der Klassenkämpfe und zunehmenden Demonstrationen in den 1960ern wurde auch die Teilnahme an »verbandsfreien«, also an nicht von den Gewerkschaften außerhalb der Friedenspflicht ausgerufenen Streiks verboten.

Und so entschied das BAG 1963: »Das Mittel des Streiks ist eine scharfe Waffe. Das verbietet es, das Streikrecht Personen oder Gruppen anzuvertrauen, bei denen nicht die Gewähr dafür besteht, dass sie nur in dem vertretbaren Umfang davon Gebrauch machen werden. Eine solche Gewähr ist bei den einzelnen Arbeitnehmern, den Mitgliedern der Be-



legschaften als solchen oder nichtgewerkschaftlichen Gruppen von Arbeitnehmern nicht gegeben.«

Fazit also: das Grundrecht auf Streik ist in der BRD unerwünscht. Die Gewerkschaften erhielten die Rolle einer Ordnungspolizei, die mit ihrem Aufruf darüber entscheiden, ob ein Streik als rechtmäßig betrachtet wird oder nicht. Ohne Gewerkschaftsauftrag gilt ein Arbeitskampf als illegal.

Klimastreik, Frauenstreik, der Aufruf zum globalen Streik für den 20. September ... das Thema »politischer Streik« ist heute sehr aktuell, aber die breitere Diskussion in der Öffentlichkeit darüber soll verhindert werden! So machte auch z.B. Wirtschaftsminister Altmaier den streikenden SchülerInnen klar: was ihr macht, ist verboten, politische Streiks gibt es hier nicht. Ein Verbot des politischen Streiks ist unvereinbar mit dem Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, betonte Benedikt Hopmann, und völker- und europarechtlich umstritten.

Es gibt Beispiele, wo politische Streiks in der BRD einfach geführt wurden: 1996 griff die Kohl-Regierung die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mit einer Gesetzesänderung an, es gab zahlreiche Streikaktionen. 25.000 ArbeiterInnen bei Daimler-Benz legten etwa die Arbeit nieder. Ein anderes Beispiel: Gegen die Rente mit 67 riefen 2007 Vertrauensleute (nicht die Gewerkschaft) zu Protesten und Aktionen während der Arbeitszeit auf.

Auch bezüglich der betrieblichen, tariflichen Kämpfe gibt es Beispiele, wo die Grenzen des Streikrechts offen überschritten wurden: Bei Orenstein & Koppel Berlin streikte die Belegschaft 2006 107 Tage gegen drohende Verlagerung, indem sie bewusst auf Forderungen verzichtete, die die Verlagerung enthal-

ten und für eine tarifliche Regelung, nämlich einen Sozialplan mit sehr hohen Abfindungen streikte. Das Ziel war, die Auslagerung so teuer zu machen, dass es sich für das Unternehmen nicht mehr lohnt.

Ein anderes Beispiel ist der Poststreik 2015. Damals verzichtete ver.di auf die Auslagerung als Forderung und forderte eine Arbeitszeitverkürzung auf 36 Wochenstunden. Auf diese Forderung könne aber verzichtet werden, so ver.di damals offen, wenn die Post auf das Outsourcing verzichtet. Auch hier wurde das Ziel nur indirekt benannt, um es in einer (verlautbten) tariflichen Forderung zu verpacken.

Nach der europäischen Sozialcharta ist eine gemeinsame kollektive Arbeitsniederlegung ohne Aufruf einer Gewerkschaft und ohne tarifliches Ziele zulässig. Auch das Bundesarbeitsgericht hat mehrmals zugegeben, dass die Beschränkung auf tarifliche Ziele einer Überprüfung bedarf, bis heute ist aber dazu keine Entscheidung gefällt.

Ein spannendes Beispiel ist das der Bremer Daimler-KollegInnen, die die Arbeit ohne Aufruf einer Gewerkschaft niederlegten, um gegen die Ausweitung von Leiharbeit und Werkverträgen zu demonstrieren. Die Werksleitung verschickte 761 Abmahnungen. Einige Kollegen klagten und wollen erkämpfen, dass das durch Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz geschützte Recht auf Streik nicht auf die Durchsetzung von Tarifforderungen begrenzt bleibt.¹

Im Zweiten Teil der Veranstaltung diskutierten die Beschäftigten über ihre aktuelle Situation und Kämpfe. Zunächst berichtete Daniel Turek (CFM) über die zunehmende gewerkschaftliche Organisation in der Charité, die er als wesentliche Voraussetzung für zukünftige Streiks bzw. Kämpfe sieht. Die KollegInnen bei der CFM kämpfen für die Rückfüh-

rung und Wiedereingliederung in die Charité. Ihr Ziel ist die hundertprozentige Angleichung an das Lohnniveau in der Charité. »TVÖD für Alle« ist das Motto, »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Eine Auslagerung muss zu teuer werden, so dass die Tochtergesellschaft auch aus wirtschaftlichen Gründen wieder zurück in die Mutter eingegliedert werden muss.

Raphael Kamps, Betriebsrat beim Wombat's City Hostel, berichtete über die laufenden Proteste bei Wombat's. Als Antwort auf die erfolgreiche Betriebsratsarbeit und Organisation der KollegInnen für ihre Rechte haben die Geschäftsführer verkündet, dass sie das Hostel Ende August einfach schließen werden (siehe *express* 4/2019, S. 2). Der Betriebsrat und die KollegInnen wollen versuchen, einen Sozialtarifvertrag zu erkämpfen und die Berliner Landesregierung in die Pflicht nehmen.

Sowohl in der Charité CFM und bei Wombat's liefen die Streiks bisher relativ erfolglos. Bei beiden Belegschaften wurde mangelnde Unterstützung der Gewerkschaften beklagt.

Charlotte Ruga, Hebamme und organisiert im Frauenstreik München, ist überzeugt, dass sich das Streikrecht nur verändern lässt, wenn wir in den Betrieben mehr Druck erzeugen!

Im Gegensatz zur BRD wurde z.B. in der Schweiz der Frauenstreik von den Gewerkschaften deutlich stärker unterstützt (siehe den Beitrag von Tobias Hollinger in dieser Ausgabe). In der BRD sei es sehr schwierig, das Thema in die Gewerkschaften zu tragen, zum Teil seien die Gewerkschaftsführungen auch komplett dagegen. Aber die Forderungen in den Betrieben werden politischer. Die Wut in den Krankenhäusern erhöht sich, und damit auch die Streikbereitschaft. Ohne die Gewerkschaften geht es nicht, so Charlotte Ruga: »Wir brauchen die Gewerkschaften – sie sind das Organ, wir sind diejenigen, die streiken, und entscheiden müssen wofür.«

Bei der anschließenden Publikumsdiskussion wurde die Rolle der Gewerkschaften als Ordnungsfaktor kritisiert. Die Gewerkschaften seien in der Sozialpartnerschaft verwurzelt und stünden nicht wirklich hinter unseren Streiks. Mit bürokratischen Vorwänden würden Streiks nicht stattfinden oder verhindert werden, bzw. wenn gestreikt wird, dann nur punktuell oder als kurzer Warnstreik.

Wir müssen die Debatte breit in die gewerkschaftliche Basis tragen, aber wir sollten auch nicht ewig warten und hoffen, dass wir Unterstützung durch unsere Gewerkschaften bekommen. Statt zu versuchen, die Gewerkschaften zu reformieren, sollten wir unsere Kräfte so einsetzen, um auch wirklich was an unseren Arbeitsbedingungen zu verbessern, so weitere Wortmeldungen in der Diskussion.

Voraussetzung für eine Verbesserung des Streikrechts ist der **gemeinsame Kampf und ein offensives Hinwegsetzen** über das Verbot. Es zwingt uns keiner, auf einen Gewerkschaftsauftrag zu warten. Wir können uns an den Fridays For Future ein Beispiel nehmen. Was wäre möglich, wenn den SchülerInnen die Angestellten in den Kitas, die Lehrkräfte im öffentlichen Dienst einfach folgen?

* Vera Musmann ist aktiv in der BAGA (Berliner Aktion gegen Arbeitsunrecht).

Anmerkung:

¹ Siehe auch Dossier im Labournet dazu <http://www.labournet.de/branchen/autol/autol-daimler/daimler-bremen/druck-bei-daimler-wegen-streikteilnahme?cat=7695> sowie Gerhard Kupfer: Streik und Menschenwürde. Der Kampf Bremer Mercedes-Arbeiter gegen Werkverträge und Leiharbeit. VSA-Verlag, Hamburg 2017.

Die Veranstaltung wurde organisiert von der Hochschulgruppe Organize:strike, Berliner Aktion gegen Arbeitgeberunrecht, der BVG-Basisgewerkschaftsgruppe Verdi aktiv und Solidarity with Workers of Wombat's Hostel Berlin, die gemeinsam in der »Kampagne gegen Outsourcing & Befristungen« aktiv sind. Die Kampagne gegen Outsourcing & Befristung besteht aus aktiven Beschäftigten von Tochter- und Mütterfirmen in Berliner Landesbetrieben sowie StudentInnen und verschiedenen Aktiven. Sie fordern die sofortige Rückführung aller ausgelagerten Beschäftigten sowie ein Verbot von Befristungen. Die Kampagne ist zum 1. Mai 2019 in die Öffentlichkeit getreten.

Näheres hier: <https://outsourcingstoppen.wordpress.com/>

Weitere Veranstaltungen sind geplant, um die Fragen zu diskutieren, die sich im Kampf gegen Auslagerung, prekäre Beschäftigung und Befristungen in Berlin stellen und uns darin vorwärts bringen.

Oskar Negt zum Fünfundachtzigsten

Betrachtungen zu seinem Geburtstag – und über den Tag hinaus – von Edgar Weick

Die Schwerkraft der Verhältnisse – in unserem eigenen Leben und Denken, in unserem Blick auf ein anderes Morgen – ist es, die allem zuerst einmal Kontur gibt, ein Fundament legt. Sich daran abzuarbeiten, gibt dem Gedanken der Emanzipation den Stich, auf den es ankommt. »Erfahrungsorientierung« heißt das umständlich und schwerfällig, so als sollte diese Schwerkraft auch noch sprachlich spürbar sein. Das ist gut so.

Da wird einer fünfundachtzig. Er hat in seinem angespannten Leben aufgegriffen, gewendet, durchdacht, weitergetragen, festgehalten, auf den Punkt gebracht und Spuren gelegt in eine Zukunft, die uns allen einmal »Heimat« sein soll. Ein Linker, ein Sozialist, einer, dem wir viel zu verdanken haben: Oskar Negt hat am 1. August Geburtstag. Das ist eine Gelegenheit, diesen Dank öffentlich auszusprechen.

Die Öffentlichkeit ist kein beliebiger Ort. Öffentlichkeit und öffentliches Denken waren für Oskar Negt unabdingbar für alles, was ihn bewegt und wofür er buchstäblich gekämpft hat. Wo Öffentlichkeit aus welchen Motiven auch immer eingeschränkt wird, da geht es an die Substanz der Sache, da wird sie angegriffen. Nicht zufällig gehört das von ihm und Alexander Kluge 1972 herausgegebene Werk

»Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit« zu den grundlegenden Schriften der beiden Autoren. Öffentlichkeit zu einer Organisationsform der Erfahrung zu entwickeln und dafür eine gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit aufklärende Sprache zurückzugewinnen, das war vor fast fünfzig Jahren ein starkes Interesse.

Muss Oskar Negt in diesen Betrachtungen zu seinem Geburtstag vorgestellt werden? Vielleicht doch mit wenigen Worten, denn schnell werden Urteile im Theoriestreit gefällt, ohne auf den Menschen und den lebenslangen Produktionsprozess zu schauen, in dem »Theorien« mit einem Anspruch auf Gültigkeit entstehen. Oskar Negt wurde sein Lebensglück nicht in den Schoß gelegt.

Er wurde am 1. August 1934 in Ostpreußen geboren und wuchs dort auf einem Kleinbauernhof auf. Er war das jüngste Kind in einer großen Familie. 1945 musste er mit zwei Schwestern nach Dänemark fliehen. In der Nähe von Ostberlin fand die Familie wieder zusammen, noch einmal auf einem Bauernhof. Eine zweite Flucht in den Westen ließ ihn nach über zwanzig Jahren »ankommen«. Schulbesuch in Oldenburg, wissbegierig damals schon, in Göttingen in ein Studium gestolpert, das auf der Suche nach der aufklären-

den Intellektualität in Frankfurt bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno und als Assistent bei Jürgen Habermas den ihn prägenden Inhalt gefunden hat. Von 1970 bis zur Emeritierung lehrte er an der Universität Hannover und fand in dieser Stadt seinen Lebensmittelpunkt.

Wer über sein reiches und immer wieder spannungsgeladenes Leben mehr erfahren will, kann sich in die beiden autobiographischen Bände vertiefen: »Überlebensglück. Eine autobiographische Spurensuche« (2016) und »Erfahrungspuren. Eine autobiographische Denkreise«, 2019 erschienen. Mit »Spuren«, dem scheinbar so bescheidenen Wort, bewegt sich das Denken von Oskar Negt auf den von Ernst Bloch hinterlassenen Baustellen. »Ich bin. Aber ich habe mich nicht. Darum werden wir erst.« So beginnen die literarischen Miniaturen in den 1930 und dann erweitert 1959 erschienen »Spuren« von Ernst Bloch. Und an anderer Stelle heißt es noch einmal: »... denn der Mensch ist etwas, was erst noch gefunden werden muß«. Es stünde uns gut an, uns auf diesen »Spuren« weiterzubewegen und eigene zu hinterlassen.

In der »Spurensuche« und der »Denkreise« stellt sich uns Oskar Negt in privater Bescheidenheit und als anspruchsvoller Intellektueller vor. Er bewegt sich durch die Geschichte der

Philosophie, vor allem der Philosophie von Kant, Hegel und Marx, und demonstriert, wie in assoziativen Kreisen zum Kern der Sache gefunden wird, ja nur so gefunden werden kann. Theoretische »Zusammenhänge« werden argumentativ hergestellt, zwingend und doch offen für das Weiterdenken. Die Attraktivität der »Frankfurter Schule«, die durch Oskar Negt in Hannover erhalten blieb, als in Frankfurt schon kein Hahn mehr nach ihr krächte, spricht als At-

traktivität des Denkens und des Umgangs mit den scheinbar dümmsten Dingen hier aus fast jeder Zeile. Adorno und Horkheimer, so verschieden beide letztlich waren, sind die Lehrmeister und werden uns durch Oskar Negt immer wieder beispielhaft nahegebracht.

Oskar Negt mit diesem Glückwunsch zu würdigen, kann nur heißen, ihn ernst zu nehmen mit der erklärten Absicht, von ihm zu lernen. Daher soll hier der Versuch unternommen werden, an einigen Kategorien das gedankliche Gebäude auszuschreiten, das in über fünfzig Jahren errichtet wurde, an seinem unvollendeten »Hausbau der Vernunft« wenigstens gedanklich mitzuwirken. Können »Erfahrung«, »Interesse«, »Emanzipation« und natürlich das »exemplarische Lernen« diese Kategorien sein? Sind sie die Kategorien, die uns in eine andere Gegenwart führen, mit denen begrabene Hoffnungen und Utopien freigelegt werden, um sprachliche Bilder zu verwenden, die in dieser oder in einer anderen Form seinem Denken den besonderen Klang geben, das dieses Denken auszeichnet? Es soll versucht werden.

Über ein weites Feld bewegen wir uns, wenn wir uns auf »Erfahrung« einlassen und in ihr das Potential sehen, das in gesellschaftlichen Bewegungen das jeweilige Herrschaftsgefüge verschieben kann. Eine machtvolle Kategorie ist die »Erfahrung«; aus ihr das herauszuschälen, was das Herrschaftsgefüge zusammenhält, aber erst recht auch das, was dieses Gefüge infrage stellt, es brüchig machen kann, ist eine anspruchsvolle theoretische Anstrengung. Sie in die gewerkschaftlich Bildungsarbeit zu überführen, das war die Idee von Oskar Negt mit seinem Konzept des »exemplarischen Lernens«. Eine Neuorientierung nahm hier ihren Anfang, die weit über die Gewerkschaften hinaus inzwischen tief in das Verständnis von Bildung eingedrungen ist. Die Stärkung des »subjektiven Vermögens«, auch des auf Veränderung gerichteten Arbeitsvermögens, war die erklärte Absicht.

Rückblickend sind es für Oskar Negt fünf »Erfahrungszusammenhänge«, in denen er sich als »politischer Intellektueller« bewegt und sein eigenes Profil gefunden hat: die Philosophie bei Horkheimer und Adorno und die sie auszeichnende Dialektik von Theorie und Praxis in der Frankfurter »kritischen Theorie«; die gewerkschaftliche Bildungsarbeit; die »Theoriearbeit« im Sozialistischen Deutschen Studentenbund und in der Studentenbewegung; die Politik der Neuen Linken, die im Sozialistischen Büro über viele Jahre eine produktive

Fortsetzung auf Seite 14 oben



Ein Theoretiker des Alltags

Rudolf Walther* rezensiert der Biografie zweiten Teil von Oskar Negt

Oskar Negt, der am 1. August 85 Jahre alt wird, legt soeben unter dem Titel »Erfahrungspuren. Eine autobiographische Denkreise« den zweiten Band seiner Autobiografie vor. Er berichtet darin über seine intellektuelle Entwicklung nach dem Abitur, seine berufliche Karriere, seine akademischen Förderer und Lehrer sowie seine Tätigkeit als Lehrender in der gewerkschaftlichen Bildung und als Professor an der Hochschule, aber auch sein politisches Engagement im SDS und danach im Sozialistischen Büro. Er verbindet dabei Berichte

über persönliche Erfahrungen in diesen verschiedenen gesellschaftlichen Sphären mit überaus pointierten politischen Urteilen des politischen Zeitgenossen – als Professor wie als *Citizen* trat er für die »Verknüpfung von Aufklärung, Orientierung und Emanzipation in Prozessen der politischen Bildung« ein.

Im ersten Kapitel unternimmt Negt einen kurzen Überblick über die wichtigsten Stationen seines Lebens als Erwachsener, die er dann vom zweiten Kapitel an ausführlicher beschreibt. Aber bereits das Ein-

gangskapitel skizziert die Perspektive seines Denkens und Handelns. Beide stützen sich immer auf den »Erfahrungszusammenhang« als »Leitlinie der Sinnvermutung« – »nach oben« orientiert am »Reflexionsvorrat« der großen Philosophen von Platon und Aristoteles über Kant und Hegel bis zu Marx und zur Frankfurter Schule, »nach unten« zu den Erfahrungen des Alltags.

Zur »Frankfurter Schule« gehörten für Negt nicht nur Horkheimer, Adorno, Marcuse und Habermas, sondern ganz selbstverständlich auch

Rosa Luxemburg, Georg Lukács, Karl Korsch und Lelio Basso, weil sie alle der »Ethik des Intellektuellen« verpflichtet waren und an Theorien arbeiteten, die »gleichzeitig Anleitungen zum Handeln« anboten.

Nach dem Abitur ging Negt 1955 zum Jurastudium nach Göttingen und verirrte sich – auf Empfehlung eines seiner Gymnasiallehrer – in eine schlagende Verbindung. Da fühlte sich Negt, der seine Prägung als Sohn eines ostpreußischen Bauern und aufrechten Sozialdemokraten bewahrte und nie verleugnete, mehr als nur unwohl: »Ich wollte nicht dazu gehören.«

Von Marx kannte er damals immerhin das, was die hervorragende Ausgabe der Frühschriften durch Siegfried Landshut hergab. Und das genügte, um zu erkennen, dass in Verbindungskreisen nur »die Restau-

ration alter Herrschaftsverhältnisse« zu erwarten war.

Er verließ Göttingen und die Verbindung »Holzminde« 1956, zog nach Frankfurt und trat dem SDS bei, in dem er einen Marx-Arbeitskreis mitbegründete und sich damit auf eine »Denkreise« begab, »auf der es um überzeugende und verlässliche Formen des Sozialismus ging«. 1959 wurde er in Adornos Hauptseminar aufgenommen, in dem 90 Prozent der Teilnehmer dem SDS angehörten. In diesem Seminar hielt er ein sich über drei Sitzungen hinziehendes Referat, das Adornos damaliger Assistent Jürgen Habermas ebenso lobte wie Adorno selbst.

Negts Karriere im SDS verlief nicht so erfolgreich. Wegen seiner Kontakte zu Dresdener Studierenden

Fortsetzung auf Seite 14 unten

NEUAUFLAGE

Jens Huhn

Die Schlecker-Kampagne 1994 – 1995

Gewerkschaft als soziale Bewegung



Beim Kampf gegen Schlecker ging es nicht nur um die Anerkennung von Tarifverträgen und Betriebsräten, sondern um das menschenfeindliche, despotische System, mit dem Schlecker seine Beschäftigten seit Jahren unter der Fuchtel hielt. Der Kampf hatte überragende Bedeutung für unsere Gewerkschaftsarbeit. Die »Schlecker-Kampagne« ist inzwischen zu einem Begriff geworden. Er steht für eine andere, neue Form gewerkschaftlichen Kampfes und gewerkschaftlicher Politik, bei denen sich die Gewerkschaft als Teil einer »sozialen Bewegung« versteht. (225 S.)

Sonderpreis 6 Euro

zzgl. Porto u. Versand

Zu beziehen über die Redaktion des
express: express-afp@online.de
Tel. (069) 67 99 84

»links« lebt!

Politische Diskussionen und Interventionen in der Online-Zeitung
www.links-netz.de



Fortsetzung von »Oskar...«, S. 13 oben

Verankerung gefunden hat, und nicht zuletzt ein anderes Erleben von Kindheit in »Alternativschulen« wie beispielsweise dem Schulprojekt »Glocksee« in Hannover. Der Begriff der »Erfahrung« bekommt in diesem Rückblick ein lebensgeschichtliches Gewicht, das Politische seines Lebens wird damit umrissen.

»Interesse« ist vom Begriff der Erfahrung nicht zu trennen. »Erkenntnisinteresse« bildet sich in der Aufarbeitung der Erfahrung aus. Interesse bringt Bewegung in diesen Prozess, steuert ihn und gibt ihm Richtung und Ziel. Aufrechter Gang wird eingeübt bei der Aneignung der Fähigkeiten, die Verhältnisse zu be-

greifen, in denen ich mich behaupten muss, um sie verändern zu können. Auf konkrete Praxis ist dieses Interesse gerichtet. Es ist nicht zu leugnen: Das alles geht nicht ohne Leidenschaft, ohne das Leidenschaftlichwerden in der Theorie selbst. Oskar Negt ist ein leidenschaftlicher theoretischer Kopf, in seinem Reden und Schreiben, in seinem öffentlichen Auftreten und in seinen Überzeugungen.

Großgeschrieben, buchstäblich, und kämpferisch hineingetragen bis in die letzten Winkel der Gesellschaft wird von ihm der Gedanke der Emanzipation. Kein blumiges Bild eines sich befreienden Menschen und einer freien Gesellschaft wird da präsentiert. Der Gedanke der Emanzipation ist dem menschlichen Denken eigen, wirkmächtig in der Geschichte der Philosophie seit der Antike. So wird uns diese Geschichte nahe gebracht, so wird Kant, Hegel, Marx gelesen, so wird Philosophie weitergeschrieben, in den eigenen »Lebenszusammenhang« hinein, so wird Philosophie für den »Erfahrungsgebrauch« tauglich gemacht.

Oskar Negt legt Wert auf den Hinweis, dass bereits Kant in seiner Schrift »Was heißt: Sich im Denken orientieren?« betont hat, dass bei den abstraktesten und grundlegenden Begriffen eine »Beimischung des Bildes« notwendig sei. Veranschaulichung würden wir das heute nennen. Und so wird auch politisch gedacht, wenn Politik als ein Produktionsprozess verstanden wird. Wie kommt das Politische zustande, wer ist daran beteiligt, wer ist davon ausgeschlossen, welche Interessen setzen sich durch? Fragen über Fragen, bei denen man sich nicht gleich an der nächsten Antwort festhalten darf. Bertolt Brecht wird zitiert: »Der Lernende ist wichtiger als die Lehre.«

Wie kann das Lernen und Nachdenken einmünden in Handeln, in Praxis, in Aktion, wie kann »Reflexionszeit« in »Aktionszeit« übergehen? Im Hintergrund dieser Fragen steht bei Oskar Negt immer wieder die berühmte 11. Feuerbach-These von Karl Marx, die heute noch in der Eingangshalle der Humboldt-Universität zu lesen ist: »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt darauf an, sie zu verändern.« »Vermittlungsarbeit« ist es auch hier, die geleistet werden muss – mit einem Arbeitsbegriff, der weit über das traditionelle Verständnis von Arbeit hinausgeht. Analyse, die Zuspitzung der Betrachtungsweise, die Aufhellung von Widersprüchen, das Herausarbeiten der Potentiale, die über das Bestehende hinausweisen, das Anpacken und Zugreifen, alles ist hier schon mitgedacht. Auf Verändern ist das Denken angelegt, das Denken selbst ist schon ein »Hausbau« der Möglichkeiten mit einem humanen Gehalt.

»Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung« ist der Titel einer kleinen Schrift von Oskar Negt, die einmal eine eigene Wirkungsgeschichte in der Bildungsarbeit der IG Metall bekam, bis dem Apparat das wachsende Selbstbewusstsein der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben zu weit

ging und dem Konzept der Bildungsoboleute ein Ende bereitet wurde. Das zu beschreiben, das wäre einer eigenen Betrachtung wert. Unvergessen bleibt für mich die Tagung in der Heimvolkshochschule Lambrecht in der Pfalz im September 1966, auf der das Manuskript vorgestellt und diskutiert wurde. Der Text war ein großer Wurf.

An Martin Wagenschein orientiert, für den allerdings das »exemplarische Lernen« im Unterricht nur ein fächerübergreifendes didaktisches Prinzip war, ist hier die Konflikt- und Klassenerfahrung der Ausgang eines Lernprozesses, einer spezifischen »Produktionsform« der Verarbeitung von Realität und der Auseinandersetzung mit dieser Realität in politisch-praktischer Absicht. Eine inhaltlich bestimmte Methode wird begründet und entwickelt, mit der die in den Gewerkschaften verbreitete traditionelle Funktionärsschulung überwunden werden soll. Es ist die dialektische Methode der Kritik der politischen Ökonomie, die Marx in den Grundrissen von 1857 beschrieben hat, die diesem Konzept zugrunde liegt, ein Erkenntnisprozess, »vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen«, »eine Art des Denkens, sich das Konkrete anzueignen«. Die Aneignung des Konkreten als eine »Einheit des Mannigfaltigen« zu begreifen, das ist die besondere Anstrengung, die unternommen werden muss. Nicht politische Wahrheiten sollen verkündet werden, wie das gängige Praxis war, sondern zu Einsichten in die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse soll durch ein Begreifen der Erfahrungen gefunden werden. Das war der Grundgedanke des »exemplarischen Lernens« mit einem offenen, immer wieder neu zu begründenden Blick in die Zukunft.

Zusammenhänge herstellen, darum ging es in diesem Konzept der Arbeiterbildung. Der Blick durch »soziologischer Phantasie« auf diese Zusammenhänge befreit von ideologischer Verhaftung. So entsteht eine Souveränität des Denkens, die sich erheblich von »linker« Begriffshuberei des Seminar-Marxismus

unterscheidet. Ein großer Versuch war das, dem Zerfall der sozialistischen Theorie entgegenzutreten. Die Arbeitshefte, die mit diesem Anspruch entstanden sind, ein erstes zum Konflikt um Lohn und Leistung, sind Beispiele der »Rekonstruktion der Theorie im Zusammenhang praktischer Interessen«.

Für Oskar Negt hat Denken eine Richtung. Denken ist Vorausdenken, ist ein Vorgang, Erkenntnisse voranzutreiben. Er hält fest an der Veränderbarkeit der Verhältnisse, er vertraut der Aufklärung, er vertraut sich selbst – und das ist die Voraussetzung für alles. »Die Schwerkraft der Verhältnisse ist drückend« heißt es am Ende der »Erfahrungsspuren«, als Geburtshelfer einer neuen Welt sieht er sich dennoch. Maulwurfsarbeit ist das für ihn, und er ist damit Jürgen Habermas nahe, der vor Kurzem seine Vorlesung zu seinem eigenen 90. Geburtstag an der Frankfurter Universität mit dem gleichen Bild beendet hat.

Gehört auch die Politikberatung in Hannover zu dieser Maulwurfsarbeit? 1998 hat Oskar Negt mit sieben Argumenten zur Wahl der SPD und damit zur Unterstützung des Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder aufgerufen. Das war schon erheblich mehr als nur Beratung, es war eine ernsthafte Programmschrift, geschrieben in der Erwartung eines Politikwechsels. Groß war der Ärger und die Enttäuschung bei nicht wenigen Freunden, das darf hier nicht verschwiegen werden. Schröder wurde zwar Kanzler, doch es war ein gescheiterter Versuch, »das Denkbare freizusetzen« – zulasten des eigenen Ansehens.

Oskar Negt wünsche ich zu seinem Geburtstag eine neue Sozialismusdebatte, die seine Frage aufgreift, welche Alltagsutopien der Gegenwart sozialistische Züge tragen und jetzt schon in die Zukunft hineinragen. In dieser Debatte könnte dann auch der Sack voller offener Fragen aufgeschnürt werden, den wir alle mit uns herumtragen und der von Tag zu Tag schwerer wird.



Fortsetz. v. »Ein...«, S. 13 unten

wurde er – zu Unrecht – des Stalinismus verdächtigt und abgewählt. Als Student lebte er in sehr bescheidenen Verhältnissen von einem Lastenausgleichsstipendium von 105 DM im Monat und war hochofiziell, als ihm ein Lehrgang an der DBG-Bundesschule in Oberursel gemacht wurde, wo er bei freier Kost und Logis 250 DM verdiente, obwohl er noch keinen Universitätsabschluss besaß. Nach dem Vorbild des Pädagogen Martin Wagenschein entwickelte er hier das gegen die »Trichterpädagogik« gerichtete Konzept des »exemplarischen Lernens« für die gewerkschaftliche und politischen Bildung. So entdeckte er, »dass Theoriearbeit selbst eine Form von Praxis ist«, eine Einsicht, die ihn vor dem Versacken

in blindem Aktionismus in der Protestbewegung und erst recht vor dem hybriden Irrweg der Terroristen der RAF bewahrte.

Nachdem sich Jürgen Habermas 1961 bei Wolfgang Abendroth in Marburg habilitiert hatte, weil Horkheimer ihm diesen Weg in Frankfurt verwehrte, wurde Habermas im gleichen Jahr außerordentlicher Professor in Heidelberg. Negt arbeitete seine Diplomarbeit über Comte und Hegel mit Hilfe von Habermas und Adorno zu einer Dissertation um. Danach machte ihn Habermas zu seinem Assistenten. Habermas und Negt blieben auch über die beiderseits kritische Phase von 1968/69 hinaus, als Habermas wieder in Frankfurt lehrte und die beiden sich politisch schroff gegenüberstanden, befreundet. Aber in ihren theoretischen Orientierungen gingen sie vö-

llig getrennte Wege. Negt vermisst bei Habermas ein Interesse an »zentralen Lebensproblemen der Gesellschaft – zum Beispiel Arbeit, Bildung, Erziehung«. Während Habermas mit unerhörter Verve und weltweitem Erfolg eine Neuorientierung der »Kritischen Theorie« betrieb, hält Negt bis heute an einem »durch Kant und Hegel zurechtgerückten Marx« fest sowie an den seine »politische Vorstellungswelt damals bestimmenden Symbolfiguren Adorno und Otto Brenner«.

1969 wurde das Sozialistische Büro (SB) in Offenbach gegründet, bei dem Negt Mitglied wurde und beim Angela-Davis-Kongress am 3. Juni 1972 zusammen mit dem Arbeiter Willi Scherer, mit Wolfgang Abendroth und Herbert Marcuse auf

der großen Kundgebung der undogmatischen außerparlamentarischen Opposition als Redner auftrat. Negt setzte sich in seiner großen Rede mit dem Begriff »revolutionäre Gewalt« und mit dem Terror der RAF auseinander. Unter den Frankfurter Spontis (»Revolutionärer Kampf«) war damals die Devise »Wir distanzieren uns von nichts und niemandem« sehr geläufig. Negt zerplückte diese Rosstäuscher-Finte mit starken Argumenten und entlarvte den fiesigen »Solidarisierungszwang«, der damals ausgeübt wurde, als »das schlechteste Erbteil der Protestbewegung«. Für das SB formulierte Negt maßgebliche Orientierungsgrundsätze wie »Nicht nach Köpfen, nach Interessen organisieren«, mit dem sich das SB von den Campus-Maoisten und ihrem »hohlen revolutionären Pathos« absetzte.

Mit Negts programmatischen Beiträgen verständigte sich das SB auf ein Politikverständnis, das Politik nicht situativ auf Karriere- und Machtfragen reduzierte, sondern als »Produktions- und Kommunikationsprozess« verstand. Im Rückblick würdigt Negt das SB als »das einzig beruhigende Element« im damals tobenden Schattenboxen unter den Generalsekretärsdarstellern des »scheinrevolutionären Avantgardismus«.

Nach etlichen Hürden, die nur mit Hilfe des niedersächsischen Kultusministers Peter von Oertzen über-

Oskar Negt: »Erfahrungsspuren. Eine autobiographische Denkreise«, Hannover 2019, Steidl Verlag, 380 S., 28 Euro, ISBN 9783958295223

50 Jahre Sozialistisches Büro

Eine Tagung in Frankfurt am Main beschäftigte sich mit Geschichte und Gegenwart der undogmatischen Linken – Von Gottfried Oy*

Zu Beginn stand die Würdigung der zentralen Gründungsfigur des Sozialistischen Büros, kurz »SB«: Am 18. Mai dieses Jahres verstarb Klaus Vack, der neben Hanne Vack zur Gründungsgeneration gehörte und die »Nicht-Organisation« SB, wie sie genannt wurde, maßgeblich prägte. Vack blieb es vorzuziehen, sich wie die gut sechzig Besucherinnen und Besucher, nahezu allesamt mit biografischen Bezügen zum SB, am 13. Juni 2019 mit dessen Wirkungsgeschichte auseinanderzusetzen und – nicht zu vergessen – bei einem gemeinsamen Abendessen das Jubiläum auch zu feiern.

»Um in Erinnern und Rekonstruieren der Frage nach Wirkungsgeschichte, der Aktualität und dem Unabgeholtenen in den Zielen des Sozialistischen Büros nachzugehen«, dazu lud das SB ein, maßgeblich unter Beteiligung der aktuellen publizistischen Projekte, die auf das SB zurückgehen: Der Zeitschrift *Widersprüche*, dem *express* und der Online-Plattform *links-netz*. Vier thematische Blöcke boten inhaltliche Anregungen, um in die Diskussion einzusteigen – eine Einführung durch Edgar Weick und Kirsten Huckenbeck, »Sozialismus und Demokratie?« mit Rudolf Walther, Jens Huhn und Roland Roth, »Arbeitsfeld Betrieb und Gewerkschaft« mit Otto Jacobi, Sonja Tesch und Anton Kobel sowie die »Arbeitsfelder Sozial- und Bildungspolitik, Sozialstaat und Soziale Arbeit« mit Timm Kunstreich und Michael May. Kalle Kunkel, der über Arbeitskämpfe in der Charité-Klinik in Berlin sprechen sollte und VertreterInnen des Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit sagten im Vorfeld ab. Auch Günter Pabst, der langjährige Geschäftsführer des Verlags 2000, des Verlags des SB, konnte nicht anwesend sein und schickte ein Grußwort.

»Unvollendetes Projekt« (Oskar Negt), Organisation der »Un-Entschlossenen« (Micha Brumlik), Vereinigung der »Reformisten aller Schattierungen« (*Konkret*), »diffuse Sammelbewegung« (Margarethe Kuckuck) – recht blumig werden die Formulierungen, wenn die Rede auf die Stellung des SB in der Zeit nach der antiautoritären Revolte von 1968 in der alten Bundesrepublik kommt. Jenseits autobiografischer Erinnerungen, etwa von Klaus Vack, Andreas Buro, Oskar Negt oder Micha Brumlik, liegt bis heute keine systematische Organisationsgeschichte des SB vor.

Dem soll ein Geschichtsprojekt Abhilfe schaffen, das die *express*-Redakteurin Kirsten Huckenbeck vorstellte. Die Veranstaltung selbst, verstanden als eine Art Ideenlabor, stehe, so Huckenbeck, am Anfang einer groß angelegten Aufarbeitung, die in ein wissen-

schaftliches Projekt münden soll. Selbstorganisierte Elemente, wie ZeitzeugInnen-PartnerInneninterviews nach einem gemeinsamen Leitfaden, ein Online-Archiv auf der Webseite des *express* sowie dem Aufruf, privates Archivmaterial zu sichten und dem SB zur Verfügung zu stellen, werden ergänzt durch eine professionelle historische Aufarbeitung. Dafür gewonnen werden konnte, so Huckenbeck weiter, ein ausgewiesener Kenner des Linkssozialismus in der Bundesrepublik. Institutionell begleitet werden soll das Projekt von verschiedenen zeithistorischen Instituten. Huckenbeck erwähnte ebenso die eingegangenen Spenden zur finanziellen Absicherung dieses Projektes.

Weniger um die Organisationsgeschichte und mehr um die Wirkungsgeschichte des SB ging es in den einzelnen Diskussionsrunden und Vorträgen an diesem Tag. Auch die Nachwirkung spielte eine große Rolle. Inwieweit kann von einem Erfolg gesprochen werden – im Sinne eines Weiterwirkens in der Gesellschaft – oder doch eher von einem Niedergang dieser Organisation, beginnend in den 1980er Jahren? Eine Frage, der sicherlich auch in dem angestrebten Forschungsprojekt nachzugehen sein wird.

Einige Antwortmöglichkeiten wurden auf der Tagung zu Diskussion gestellt. Edgar Weick etwa betonte das Element der Hoffnung auf den Erfolg emanzipatorischer Ansätze und verwies auf aktuelle soziale Bewegungen wie MieterInnen- und SchülerInnenproteste sowie die praktische Solidarität mit Geflüchteten. All diese Politikformen stünden sowohl in der Form als auch im In-

halt in der Tradition des SB. Jens Huhn hob in seiner Darstellung der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen zur Entstehungszeit des SB stärker auf die Abgrenzungspole ab: Sowohl die staatliche Doktrin des Antikommunismus wie das Fortwirken des NS in Westdeutschland, als auch die Integration der Sozialdemokratie wie auch die Entmachtung der Gewerkschaften bedingten die Notwendigkeit einer Organisation jenseits von Dogmatismus und Spontaneismus. Die Organisationsdebatte in der Neuen Linken war in vollem Gange, als 1969 das SB das Licht der Welt erblickte: In Struktur und praktischer Politik ein Vorläufer späterer sozialer Bewegungen, ein Wegbereiter neuer Themen und Organisationsformen. Zentral hier der »Arbeitsfeldansatz«: Den jungen neuen Linken wurde nach der hochpolitisierten 68er-Zeit in der Phase des Berufseintritts eine Möglichkeit geboten, politische Aktivität mit der eigenen Berufstätigkeit zu verbinden und sozialistische Politik als LehrerIn, SozialarbeiterIn, GewerkschafterIn etc. weiter zu verfolgen. Huhn betonte auch die Rolle des SB als »pädagogische Veranstaltung«: Immer standen auch Erfahrungen und Lernprozesse im Vordergrund. Es wurde debattiert und gestritten – »kollektiv« statt »konnektiv«, wie Rudolf Walther das in seinem Beitrag ausführte.

Für Roland Roth indes ist klar: Das SB ist mit vielen seiner politischen Interventionen erfolgreich gewesen. Sei es in der Etablierung eines neuen Politikbegriffs, der Alltagserfahrungen mit einbezieht, sei es in der Durchsetzung von Demokratisierung der Lebens- und

Arbeitsverhältnisse, der Pädagogik oder der Didaktik. Die Art des SB, Politik zu machen (Stichwort: *Campaigning*) ist heute Standard, Protest in Form von Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen ist heute der Boom-Bereich in der Politik, das SB war hier ein Vorreiter. Erfolge können aber auch dazu beitragen, dass Organisationen überflüssig werden, das SB hatte seine »produktive Phase« und ist heute nicht mehr in der Art und Weise gefragt wie noch in den 1970er Jahren.

In den Diskussionen der beiden Arbeitsfelder »Betrieb und Gewerkschaft« sowie »Sozial- und Bildungspolitik, Sozialstaat und Soziale Arbeit« klang dies indes anders. Hier lag verständlicherweise der Schwerpunkt nicht so sehr auf der Vergangenheit denn auf der Gegenwart. Anton Kobel etwa konnte mit Beispielen aus der kritischen Gewerkschaftsarbeit zeigen, wie der Ansatz des SB dazu beiträgt, Arbeitskämpfe als öffentliche Auseinandersetzungen zu führen, die eine demokratische Öffentlichkeit mit einbeziehen, statt sich in reine Lohnauseinandersetzungen einhegen zu lassen. Die Schlecker-Kampagne der HBV in den 1990er Jahren wurde zu einem Beispiel für ein Verständnis von Gewerkschaft als sozialer Bewegung, die sich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzt und mehr als nur das reine Arbeitsverhältnis thematisiert.

Ebenso Timm Kunstreich und Michael May: Sie berichteten aus aktuellen Diskussionen in der *Widersprüche*-Redaktion und politischen Auseinandersetzungen in der Sozialen Arbeit, die auf die alten Themen des SB verweisen. Wenn etwa Kunstreich auf die »Heimkampagne 3.0« gegen die Renaissance von geschlossener Unterbringung von Kindern und Jugendlichen Bezug nahm oder Michael May die Bewegung »Care-Revolution« als Anknüpfungspunkt benannte, SB-Politik der frühen Jahre zu aktualisieren, so war die Tagung mitten in aktuellen Fragestellungen und verband Geschichtsaufarbeitung mit der Stellungnahme zu drängenden Problemen der Gegenwart. Hier gilt es weiter zu diskutieren. Die Publikationsprojekte *Widersprüche*, *express* und *links-netz* sind zentrale Orte eben dieser mehr denn je notwendigen Debatten.

* Gottfried Oy hat 2007 mit »Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros« eine erste Studie zum SB vorgelegt, die sich vor allem auf die Zeitschrift *links konzentriert*. Online unter: <https://www.rosalux.de/publikation/id/1425/spurensuche-neue-linkel>

Auf der Homepage des *express* findet sich ein umfangreiches Online-Archiv zum Sozialistischen Büro: <http://express-afp.info/sozialistisches-buero-sb>



wunden werden konnten, wurde Negt – zusammen mit Jürgen Seifert und Peter Brückner – auf einen Lehrstuhl der sozialwissenschaftlichen Fakultät der damaligen TU Hannover berufen. Sein oberstes pädagogisches Lernziel sah Negt als Professor im Herstellen von »Zusammenhängen«, was nur durch ein »produktives Rückgängigmachen von Arbeitsteilung« möglich war. Deshalb bildeten »Großvorlesungen« das »Zentrum seiner akademischen Tätigkeit«. Dem Lehren und Lernen in Kleingruppen gegenüber blieb er dagegen lebenslang skeptisch. Im Anschluss an Kant wollte Negt nie eine Philosophie lehren, sondern das autonome Denken – in freier Rede entlang von Notizen, Texten, Begriffen und Konzepten. Mit seinem Verständnis von Philosophie als einer von »Arbeitsteilung un-

abhängigen Weltbetrachtung« blieb Negt unter Philosophen vom Fach ebenso ein Solitär wie mit seiner diffizilen Überzeugung von der »Gleichrangigkeit der Erkenntnismaterialien Märchen, Mythen und wissenschaftlichen Untersuchungen«.

Die damit kompatible intellektuelle Produktionsform entwickelte er in der Zusammenarbeit mit dem Juristen, Philosophen und Filmemacher Alexander Kluge in vier gemeinsam geschriebenen Büchern von 2200 Seiten Umfang zu der von vielen bewunderten »Denkwerkstatt« und »Produktionsgemeinschaft Negt/Kluge«. Negts »bäuerlicher Materialismus« und der »phantasiereiche und assoziativ und auch in Bildern denkende Intellektuelle« Kluge bewegten sich virtuos in der Welt, die Aristoteles, Kant, Hegel, Marx, Freud und

die »Frankfurter Schule« bilden: »Jeder von uns konnte sich darauf verlassen, dass auch der abwegigste Gedanke des anderen eine Marschrichtung hat, die auf ein gemeinsames Ziel hinführt.«

Die Idee eines demokratischen Sozialismus verlor Negt nie aus dem Blick – selbst bei seiner zeitweiligen Beraterstätigkeit des niedersächsischen Ministerpräsidenten und späteren Bundeskanzlers Gerhard Schröder. »Wir dürfen nicht warten, bis das Gemeinwesen verrotten ist« und »die betriebswirtschaftlich beschädigte Vernunft« alle Lebensbereiche beherrscht, sind tragende Motive seines altersmilden Rückblicks.

Rudolf Walther

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Alex Demirović / Susanne Lettow / Andrea Maihofer (Hrsg.)

Emanzipation

Zur Aktualität eines politischen Begriffs

im Auftrag der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

2019 – 233 Seiten – 25,00 € – ISBN 978-3-89691-282-4

Der Begriff der Emanzipation spielte in der Geschichte vieler sozialer Bewegungen seit dem 19. Jhd. eine wichtige Rolle. Die Autor_innen des Bandes diskutieren die Frage, ob und inwiefern dieser Begriff auch heute zur Selbstverständigung über soziale Befreiungsversuche taugt und wie ein zeitgemäßer, intersektionaler Begriff von Emanzipation beschaffen sein müsste.

Es schreiben: Michael Brie, Svenja Bromberg, Sara Farris, Tatjana Freytag, Katia Genel, Isabell Lorey, Ruth Sonderegger, Moshe Zuckermann u.a.



Gut gewöhnt, alte Schildkröte!?

Ratschlag zur Zukunft des express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Seit nunmehr 57 Jahren gibt es den *express* als Forum für Debatten und Berichte einer undogmatischen, antiautoritären und internationalistischen Linken in der Gewerkschafts- und ArbeiterInnenbewegung. Mit seiner Nähe zum betrieblichen und gewerkschaftlichen Geschehen bei gleichzeitiger finanzieller Unabhängigkeit ist er ein in Deutschland einzigartiges Projekt. Inzwischen rückt aber der Zeitpunkt näher, an dem es mit dem bisherigen Finanzierungsmodell aus Aboeinnahmen, Spenden und einem dahinschmelzenden Vereinsvermögen nicht mehr weitergehen wird. Es ist also höchste Zeit, über Zustand und Zukunft unserer Zeitung zu beratschlagen.

Die Frage, wie der *express* politisch verortet ist, zu welchen Debatten er in welcher Perspektive und mit welchem Ertrag beiträgt, wollen wir anhand der Diskussion um eine »Neue Klassenpolitik« besprechen. In anderen Publikationen und Diskussionszirkeln hat sie in den letzten Monaten größere Wellen geschlagen, im *express* war dieses Schlagwort eher selten zu lesen. Liegt das daran, dass für eine Zeitung, deren wesentlicher Zweck die Beschäftigung mit Emanzipationsprozessen in der und gegen die Arbeit ist, die Debatte gar

nichts Neues zu bieten hat? Steht die Diskussion nicht trotzdem für eine Hinwendung jüngerer Linker zu Problemstellungen, die wir für wesentlich erachten? Kann der *express* nicht auch wegen seiner generationenübergreifenden AutorInnen- und LeserInnenschaft nützliche Dienste leisten, ebenso wegen seiner Tendenz, über den gewerkschaftlichen und den nationalen Tellerrand zu blicken und andere soziale Bewegungen ebenso im Blick zu haben wie andere Länder? Gibt es eigentlich eine besondere *express*-Perspektive auf Klassenverhältnisse, auf Klassen und ihre Kämpfe? Ausgerüstet mit zwei inhaltlichen Inputs von Stefanie Hürtgen und Kirsten Huckenbeck wollen wir diese Debatte mit euch führen.

Der zweite Teil des Tages soll in einer konkreteren Auseinandersetzung mit dem *express* bestehen – auf welche Besonderheiten und Stärken sollten wir setzen, welche alten Schrullen sollten wir besser lassen? Was ist der Gebrauchswert der Zeitung in den aktuellen Auseinandersetzungen? Sieht sie eigentlich gut aus? Was fehlt – inhaltlich und konzeptionell? Und nicht zuletzt: Welche Ideen für die finanzielle Konsolidierung bringt Ihr mit?

Ihr, die wir Euch zu diesem Ratschlag einladen und auf deren Expertise, Kreativität und

Scharfsinn wir setzen, kommt aus verschiedensten Ecken: Ihr seid in Euren Betrieben aktiv, mit oder ohne Mandat, mit oder ohne Zugehörigkeit zu einer großen Gewerkschaft. Ihr arbeitet in Universitäten, oder Ihr habt längst beschlossen, dass kritisches Denken viel besser außerhalb des akademischen Apparates gedeiht. Ihr arbeitet in autonomen Gruppen daran, eine linke Bewegung aufzubauen, die sich nicht in versteckte Szene-Biotop zurückzieht. Ihr seid Hauptamtliche und wollt erreichen, dass Eure Gewerkschaft Teil einer lebendigen, kämpferischen ArbeiterInnenbewegung ist. Liebe Freundinnen und Freunde – **Was wollt Ihr eigentlich von uns?**

»Ratschlag zur Zukunft des *express* – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit«

Wann: 21. September 2019,

13.00 – 18.30 Uhr, anschließend:

Beisammensein, Essen und Trinken

Wo: Café KOZ, Mertonstraße 26-28, 60325 Frankfurt am Main (voraussichtlich)

Wie: Interessiert? Dann meldet euch bitte per E-Mail unter express-afp@online.de bei uns, wir senden euch dann frühzeitig das Tagesprogramm.

Scheiß auf's Klima! Mehr Kohle!

Spendenaufruf für den *express*

Liebe Leserinnen und Leser, liebe SympathisantInnen,

Auch im 57. Jahr seines Bestehens hält der *express* daran fest, dass es ums Ganze geht, brauchbare Emanzipationskonzepte aber nur mit einer Vorstellung der Befreiung in und von der Lohnarbeit zu haben sind, hier und überall. Das ist eine klasse Idee und eine Klassenhausaufgabe, in Gruppenarbeit zu erledigen! Und daran beteiligen wir uns – mit jeder neuen Ausgabe, mit jeder Publikation und mit unserem ganzen, vielfältigen Engagement.

All das kostet viel mehr Geld, als wir haben. Wir bitten Euch deshalb herzlich, den *express* mit einer **steuerabzugsfähigen Spende** zu unterstützen! (Für Spendenbescheinigungen unter 200 Euro reicht im vereinfachten Verfahren ein Kontobeleg und unser Formular, s. Homepage – für Spenden über 200 Euro verschicken wir unaufgefordert eine Spendenbescheinigung.)

Wenn Ihr **neue AbonnentInnen** werben könntet, wäre das ebenfalls toll. Denn mehr AbonnentInnen sind die beste Sicherung der Zukunft des *express*. Wir schicken Euch dazu gerne kostenlose Probeexemplare zum Schnuppern und Weiterverteilen zu, BetriebsrätInnen können den *express* als Arbeitsmaterial bestellen (Arbeitgeber zahlt!), und über Werbung auf Veranstaltungen freuen wir uns noch viel mehr – ein Anruf oder eine Mail genügen. Vielleicht hilft auch ein Blick auf unsere Abopremien bei der Überzeugungsarbeit!

Um regelmäßig über unsere Aktivitäten im Bilde zu sein, empfehlen wir einen Besuch unserer Homepage unter

www.express-afp.info

– damit Ihr wisst, wohin Eure Unterstützung fließt.

Wir möchten uns bei Euch schon im Voraus für Eure Unterstützung bedanken und wünschen Euch und uns nicht nur eine erfolgreiche Spendensammlung, sondern viel Energie für ein weiteres gemeinsames Engagement!

Die Redaktion des *express* und der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung (AFP) e.V.

Bankverbindung:
AFP e.V.

Sparda-Bank Hessen eG
IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37
BIC: GENODEF1S12

Prämien für neue Abos

Für jedes Geschenkabonnement und jedes selbst erworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- Sara Paretsky*: »Kritische Masse«, deutsche Erstübersetzung des legendären Thrillers über den Verlust der Weltbalance, Argument Verlag: Hamburg 2018
- Christa Fuchs/Gudrun Harrer*: »Besoffene Kapuziner und andere Rezepturen zur kulinarischen Verbesserung Mitteleuropas«, hübsch bebilderte Kulturgeschichte »typisch« europäischer Gerichte, Mandelbaum Verlag: Wien 2005
- IG Metall Baden-Württemberg (Hg.)*: »aufrecht gehen. Wie Beschäftigte durch Organizing zu ihrem Recht kommen«, Erfahrungen und Ermütigungen im Versuch, Haltung zu entwickeln und zu bewahren, VSA: Hamburg 2018
- Karls Marx/Friedrich Engels*: »Das kommunistische Manifest«, die »Bibel« des Kommunismus als angemessen schräg bebilderte und lebendige Graphic Novel des Guardian-Illustrators Martin Rowson, Knesebeck: München 2018

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn erworben. Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ

Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle

- mein Jahresabonnement (35 Euro)
- meine Fördermitgliedschaft (60 Euro)
- mein ermäßigtes Abo (18 Euro) – Beleg beifügen
- mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen
- gegen Rechnung

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum

1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.

Redaktionsanschrift: *express*-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.express-afp.info,
www.labournet.de/express

Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr

Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.

Bankverbindung:

AFP e.V., Sparda-Bank Hessen eG,
IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37
BIC: GENODEF1S12

Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN: 0343-5121

Vi.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt

Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau

Druck: Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin